

Guter Rat für Rückverteilung: Mitgliederbericht

Dokumentation der Ergebnisse

Martin Haselmayer, Saskja Schindler

Wien, November 2024

Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung	3
Einleitung.....	4
1 Überblick: Guter Rat	5
2 Forschungsdesign	6
3 Ergebnisse.....	10
3.1 Teilnahmemotivation und -erfahrung	10
3.1.1 Teilnahmemotivation	10
3.1.2 Teilnahmeerfahrungen.....	13
3.1.3 Ergebnisse Guter Rat	23
3.2 Demokratie und Partizipation	24
3.2.1 Politisches Interesse	25
3.2.2 Demokratiezufriedenheit	27
3.2.3 Politische Wirksamkeit	28
3.2.4 Politische Beteiligung und Repräsentation	31
3.3 Vermögensverteilung.....	38
3.3.1 Wissen über Vermögensverteilung	39
3.3.2 Einstellungen zur Vermögensverteilung.....	45
3.3.3 Vermögensbezogene Steuern	47
3.3.4 Heuristiken der Vermögensverteilung	52
3.4 Zusammenfassung der Ergebnisse	56
Diskussion	59
Literaturverzeichnis	61
Tabellenverzeichnis	66
Abbildungsverzeichnis	67
Appendix.....	68

Daten zur Untersuchung

Thema	Guter Rat – Mitgliederbericht
Auftraggeber:in	Guter Rat für Rückverteilung
Beauftragtes Institut	FORESIGHT, Wien
Wissenschaftliche Leitung	Dr. Martin Haselmayer
Autor:innen	Dr. Martin Haselmayer, Dr. ⁱⁿ Saskja Schindler
Kooperationspartner:innen	Franziska Disslbacher, PhD (WU Wien) Lukas Lehner, PhD (Universität Edinburgh) Severin Rapp, PhD (Stone Center on Social-Economic inequality, City University of New York) Franziska Windisch, MA (Universität Wien)
Grundgesamtheit	Mitglieder des Guten Rats
Stichprobenumfang	Vollerhebung
Stichprobendesign/-ziehung	Vollerhebung
Art der Befragung	Online (CAWI), qualitative Leitfadeninterviews (QLI)
Befragungszeitraum	Welle 1: 11.03.2024–15.03.2024 Qual. Interviews: 14.05.2024–31.05.2024 Welle 2: 10.06.2024–16.03.2024

Einleitung

Die Entstehung und die Verteilung von Wohlstand sind wesentliche Handlungsfelder politischer Organisation und beeinflussen den sozialen Frieden sowie die Qualität von Demokratie (Lindberg 2019; Kotschy & Sunde 2017; OECD 2015). Aktuelle Studien zeigen ein deutliches Ungleichgewicht bei der Vermögensverteilung, das weltweit und in den letzten Dekaden stark zugenommen hat (Pfeffer & Waitkus 2021; Zucman 2019; Balestra & Tonkin 2018; OECD 2015). Dies gilt auch für Österreich, wo das reichste Prozent der Bevölkerung zwischen 40% und 50% des gesamten Wohlstands besitzt, während die ärmere Hälfte nur etwa 3% des Gesamtvermögens hat (Kennickell et al. 2021; siehe auch Fessler et al. 2023; Jestl & List 2020; OeNB 2020; OECD 2015).

Fragen der Vermögensverteilung haben direkte Auswirkungen auf politische Partizipation und Repräsentation sowie die Legitimität der Demokratie. Hohe ökonomische Ungleichheit kann die politische Beteiligung von Menschen mit niedrigerem Einkommen verringern und das Vertrauen in die Demokratie sowie staatliche Institutionen untergraben (u. a. Piketty 2021; für Österreich: Ehs & Zandonella 2020). Dies wird durch eine unzureichende Repräsentation von Mehrheitsinteressen verstärkt: Über zwei Drittel aller Österreicher:innen halten die Vermögensverteilung für ungerecht (Haselmayer 2024b; Zandonella & Schönherr 2023; OECD 2021). Demgegenüber stehen – auch im internationalen Vergleich – sehr niedrige vermögensbezogene Steuern, deren Volumen sich in den letzten drei Jahrzehnten halbierte (OECD 2023).

Vor diesem Hintergrund initiierte Marlene Engelhorn den Guten Rat für Rückverteilung. Der privat organisierte, deliberative Bürger:innenrat wurde anhand wissenschaftlicher Standards konzipiert und zusammengesetzt (Haselmayer 2024a), um Fragen der Vermögensverteilung zu diskutieren. Auf Basis dieser allgemeinen Auseinandersetzung sollten die Mitglieder in einem zweiten Schritt 25 Millionen Euro aus dem Erbe der Initiatorin an die Gesellschaft rückverteilen.

Dieser Bericht analysiert und dokumentiert anhand standardisierter Befragungen der Mitglieder des Guten Rats und qualitativer Interviews, ob bzw. wie sich die Teilnahme ausgewirkt hat. Deliberative Beteiligungsverfahren können den Mitgliedern demokratisches und thematisches Wissen vermitteln, die Beteiligung verstärken, Debatten versachlichen oder die Akzeptanz demokratischer Prozesse erhöhen (u. a. Germann et al. 2022; Suiter et al. 2021; OECD 2020; Dryzek et al. 2019; Geißel et al. 2019). Daher fokussiert der Bericht auf Einstellungen zu Demokratie und Partizipation sowie auf Wissen und Einstellungen zu Fragen der Vermögensverteilung.

1 Überblick: Guter Rat

Der Gute Rat für Rückverteilung wurde auf Privatinitiative von Marlene Engelhorn finanziert, in ihrem Auftrag organisiert und zwischen März und Juni 2024 durchgeführt (siehe Tabelle 1). Die 50 Mitglieder des Guten Rats tagten an sechs Wochenenden mit dem Ziel, Ideen zu entwickeln, wie Vermögen verteilt werden sollte. Diese Ideen sollten die Vergabe des Projektbudgets von 25 Millionen Euro begründen und flossen in die Erarbeitung von Botschaften an die Gesellschaft ein.

Die Projektsumme stammt aus dem Erbe der Initiatorin und wurde vor dem Projektstart auf ein Treuhandkonto überwiesen. Die einzigen Kriterien für die Vergabe der Mittel des Guten Rats wurden vorab formuliert und schlossen eine Verwendung für verfassungswidrige, lebensfeindliche oder menschenverachtende Gruppen oder Inhalte aus. Außerdem wurden gewinnorientierte Projektziele oder Organisationen und die Gründung oder Finanzierung politischer Parteien vorab ausgeschlossen.¹ Darüber hinaus waren die Ratsmitglieder an keine formalen oder inhaltlichen Vorgaben gebunden.

Tabelle 1: Übersicht Guter Rat

Initiatorin	Marlene Engelhorn
Durchführung	Projektteam unter der Leitung von Alexandra Wang
Thema	Vermögensverteilung bzw. Rückverteilung
Ziele	Anstoß zur Debatte über Vermögensverteilung, demokratisch-partizipative Rückverteilung
Zeitraum	16.03.2024–09.06.2024 (6 Wochenenden)

Während Bürger:innenbeteiligungsverfahren in der Regel staatlich bzw. institutionell verankert sind, weist der Gute Rat eine Sonderstellung auf. Aufgrund der privaten Organisation fehlt eine Anbindung an das politische System und damit die Möglichkeit, Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Im Gegensatz dazu ermöglicht die Vergabe der zugesicherten Projektmittel eine unmittelbare Gestaltungsoption.

¹ <https://guterrat.info/faqs/> [12.04.2024]

Nationale² und internationale Erfahrungen mit Bürger:innenräten belegen zudem, dass eine direkte Anbindung an das politische System bzw. ein politischer Auftrag keine Garantie für die Umsetzung von Empfehlungen ist (u. a. Giraudet et al. 2022). Im Vergleich mit bisherigen Beteiligungsverfahren sticht die hohe Aufwandsentschädigung von 1.200 Euro pro Wochenende ins Auge, die deutlich über Beträgen vergleichbarer Verfahren liegt (Mitglieder des österreichischen Klimarats erhielten 100 Euro pro Wochenende).³

2 Forschungsdesign

Die Analyse von Einstellungen und Wissen zu Demokratie und Vermögensverteilung erfolgte mittels einer verschränkten Forschungsstrategie. Diese umfasste zwei standardisierte Online-Surveys, die unmittelbar vor (Welle 1) bzw. nach (Welle 2) den Sitzungswochenenden des Guten Rats durchgeführt wurden. Die Fragebögen waren im Kern ident und beinhalteten weitgehend etablierte Fragen zu Themen wie Demokratie (Interesse, Beteiligung, Wirksamkeit, Repräsentation), Wissen und Einstellungen zu Vermögensverteilung (Vermögenskonzentration, Besteuerung von Arbeit und Vermögen, Einführung vermögensbezogener Steuern) sowie Heuristiken bzw. Einstellungsmustern zu Wohlstand und Verteilung (Meritokratie)⁴. Darüber hinaus wurden unmittelbar vor dem ersten Ratswochenende Teilnahmemotive abgefragt, während nach dessen Abschluss einige Fragen zur Beurteilung gestellt wurden. Zusätzlich fließen soziodemografische Informationen in die Analyse ein, die im Rahmen der Registrierung erhoben wurden.

Daneben wurden zehn leitfadengestützte Interviews mit ausgewählten Mitgliedern geführt. Die Vorgehensweise orientierte sich an „themenzentrierten Interviews“. Dabei wurden manifeste Gesprächsinhalte untersucht und ein konkreter Themenbereich fokussiert, gleichzeitig sollte vorab keine zu starke Einschränkung auf bestimmte Aspekte erfolgen (Froschauer & Lueger 2020).

Der Leitfaden wurde so gestaltet, dass jeder Themenblock mit einer breit gehaltenen Eingangsfrage begann und erst im Anschluss daran präzisere Nachfragen gestellt wurden. Dadurch wurden die Befragten angeregt, die für

² U. a. <https://www.derstandard.at/story/3000000172694/93-empfehlungen-des-klimarats> [12.04.2024]

³ Vgl. <https://klimarat.org/wp-content/uploads/Klimarat-Endbericht-WEB.pdf> [12.04.2024]

⁴ Die Fragebögen wurde gemeinsam mit den Kooperationspartner:innen Franziska Windisch (Universität Wien), Severin Rapp (Stone Center on Social-Economic inequality, City University of New York), Lukas Lehner (Universität Edinburgh), und Franziska Disslbacher (WU Wien) entwickelt.

sie selbst relevanten Aspekte der Thematik zu schildern, weshalb auch etwaige vorab noch nicht bekannte Gesichtspunkte in die Forschung einfließen konnten. Im Anschluss stellten spezifische Nachfragen sicher, dass alle forschungsrelevanten Themen angesprochen wurden.

Zentrale Themen der Interviews waren: Gründe für die Entscheidung zur Teilnahme am Guten Rat, Erfahrungen im Guten Rat, Ansichten zum politischen System/zur Demokratie und zur Vermögensverteilung in Österreich sowie Veränderungen durch die Teilnahme am Guten Rat (für eine detaillierte Übersicht siehe Leitfaden S. 71). Im Anschluss an die Interviews wurden Memos erstellt, in denen eine Reflexion der Gesprächssituation sowie erste Thesen festgehalten wurden.

Die Interviews wurden telefonisch oder online geführt, sie dauerten jeweils ca. 60 Minuten und wurden – mit Zustimmung der Gesprächspartner:innen – auf Tonband aufgezeichnet und anschließend wortwörtlich transkribiert. Um die Anonymität der Interviewpartner:innen sicherzustellen, wurden Interviewzitate im Bericht nicht wortwörtlich wiedergegeben. Die Zitate wurden sprachlich so „geglättet“, dass die inhaltliche Aussage unverändert blieb.

Die Auswertung der Interviews erfolgte mittels zusammenfassender Analyse des manifesten Inhalts (Froschauer & Lueger 2020). Die Interviews wurden im Zeitraum von 14.05.2024 bis 31.05.2024 geführt und fanden somit in der zweiten Hälfte des Guten Rats statt. Dieser Zeitraum wurde gewählt, um eine möglichst direkte und unmittelbare Einschätzung der Teilnahmeerfahrungen zu erhalten. Die Darstellungen der befragten Ratsmitglieder sind dadurch aber auf diesen Zeitraum beschränkt und umfassen nicht sämtliche Treffen des Guten Rats.

Die Auswahl der Interviewpartner:innen orientierte sich an zwei zentralen Kriterien: Zum einen wurde versucht, eine möglichst große Diversität in Hinblick auf soziodemografische Merkmale (Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf) zu erlangen.⁵ Zum anderen wurden auch gezielt Personen befragt, die auf Basis der ersten Befragungswelle ein geringeres Interesse und wenig Vertrauen in die repräsentative Demokratie auswiesen.⁶ Innerhalb dieser Kriterien wurden jene Personen befragt, die bereit waren, ein Interview zu führen.

⁵ Die Gruppe der Interviewpartner:innen liegt im Hinblick auf Geschlecht, Alter, Bildung und Beschäftigung relativ nahe an der Zusammensetzung des gesamten Rats. Eine Übersicht über die Interviews findet sich im Anhang (Tabelle A7).

⁶ In der Gruppe der Gesprächspartner:innen sind 4/10 mit der Demokratie in Österreich unzufrieden, die Hälfte der Befragten hat negative Werte bei der politischen Wirksamkeit. Die Anteile (40% vs. 30% bzw. 50% vs. 30%) und

Tabelle 2 fasst die Kerninformationen der Untersuchungskomponenten zusammen.

Tabelle 2: Übersicht Forschungsdesign

Erhebung	Befragungsmodus	Rücklauf/ Ausschöpfung	Feldzeit
Registrierung	Online	50/50	09.01.2024– 02.02.2024
Standardisierte Befragung (Welle 1)	Online	47/50 (94%)	11.03.2024– 15.03.2024
Leitfadeninterviews	Modular (on- line, Telefon)	10	14.05.2024– 31.05.2024
Standardisierte Befragung (Welle 2)	Online	39/50 (78%)	10.06.2024– 16.06.2024

Aus Tabelle 2 geht hervor, dass die Antwortbereitschaft bei der standardisierten Befragung zurückging: Nahezu alle Ratsmitglieder nahmen an der ersten Welle der standardisierten Befragung teil (47/50). Demgegenüber fiel die Antwortrate in der zweiten Welle auf knapp 80% (39/50). Neun Personen bzw. 17% der Ratsmitglieder, die an der ersten Befragung teilnahmen, waren nicht (mehr) bereit, an der zweiten Welle mitzuwirken. Ein Mitglied, das sich nicht an der ersten Befragung beteiligt hatte, füllte den Fragebogen am Ende des Guten Rats aus, zwei Mitglieder nahmen nur an der – zur Teilnahme nötigen – Registrierungsbefragung teil.

Während 80% ein sehr hoher Anteil ist, weist die wissenschaftliche Literatur auf die Möglichkeit systematischer Verzerrungen hin (Ghanem et al. 2023). Dies wäre problematisch, wenn die Ausfallrate eine bestimmte Gruppe von Ratsmitgliedern betrifft: etwa Personen, die Minderheitenmeinungen vertreten oder mit dem Ablauf oder den Ergebnissen unzufrieden waren.

Um für systematische Verzerrungen zu kontrollieren, wurde die Ausfallgruppe anhand soziodemografischer und Einstellungsvariablen mit der Restgruppe verglichen. Ergebnisse eines Mittelwertvergleichs (s. Appendix: Tabelle A6) zeigen, dass die Gruppen sich zum Teil systematisch voneinander unterscheiden.

Mittelwerte (-0,22 vs. 0; 3,5 vs. 4,2) dieser Variablen sind niedriger als jene der Vergleichsgruppe. Zudem verfügen 4/10 Interviewpartner:innen über ein (sehr) geringes politisches Interesse (40% vs. 30% der Restgruppe).

Knapp 80% der Mitglieder (7/9 Personen), die nicht mehr an der zweiten Befragung teilgenommen haben, waren Männer. Zudem füllten Mitglieder aus Ostösterreich den zweiten Fragebogen seltener aus als jene aus dem Süden oder Westen des Landes (67% bzw. 6/9 der ausgefallenen Mitglieder). Überraschenderweise nahmen auch politisch interessierte Ratsmitglieder seltener an der zweiten Befragung teil (89% der Drop-outs gaben an, politisch interessiert zu sein, bei der Vergleichsgruppe waren es 53%). Neben diesen statistisch signifikanten Unterschieden ($p < 0,05$) deuten die Daten darauf hin, dass einkommensschwächere Mitglieder (untere Einkommenshälfte) seltener an der zweiten Welle teilnahmen (zwei Drittel der Drop-outs, $p > 0,1$).

Während unklar ist, warum überproportional viele männliche, ostösterreichische Ratsmitglieder mit höherem Politikinteresse (und geringerem Einkommen) nicht an der zweiten Befragungswelle teilnahmen, deuten diese Unterschiede darauf hin, dass diese Ergebnisse nicht vollumfänglich auf alle Ratsmitglieder übertragbar sein dürften. Diese Einschränkung muss bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

3 Ergebnisse

Dieser Teil präsentiert wesentliche Ergebnisse zu Teilnahmemotiven und -erfahrungen sowie deren Konsequenzen auf Wissensstand und Einstellungen zu Demokratie und Vermögensverteilung. Dabei werden einerseits Ergebnisse der ersten und zweiten Befragung separat ausgewertet, andererseits Unterschiede zwischen den beiden Erhebungswellen analysiert.

Aufgrund des Untersuchungsdesigns müssen die dargestellten Veränderungen keinen kausalen (ursächlichen) Einfluss der Teilnahme am Guten Rat auf Veränderungen bedeuten, da nicht für andere mögliche Einflussfaktoren kontrolliert werden kann⁷. Durch die intensive Beschäftigung mit dem Thema innerhalb eines begrenzten Zeitraums und aufgrund bisheriger Forschungserfahrungen zu Deliberationsprozessen ist es allerdings plausibel anzunehmen, dass Veränderungen zumindest teilweise auf die Teilnahmeerfahrungen zurückzuführen sind.

3.1 Teilnahmemotivation und -erfahrung

3.1.1 Teilnahmemotivation

Die Teilnahme an Bürger:innenräten kann aus verschiedenen Gründen erfolgen. Es weisen zwar zahlreiche Studien auf Unterschiede in der Teilnahmebereitschaft hin (u. a. Coffé & Michels 2014; Webb 2013), doch es gibt nur beschränkt Anhaltspunkte dafür, welche Gründe über die Teilnahme entscheiden. Während finanzielle Anreize sich positiv auswirken können (Neblo 2010), können persönliche Gründe, private oder persönliche Verpflichtungen zur Absage führen (Jacquet 2017).

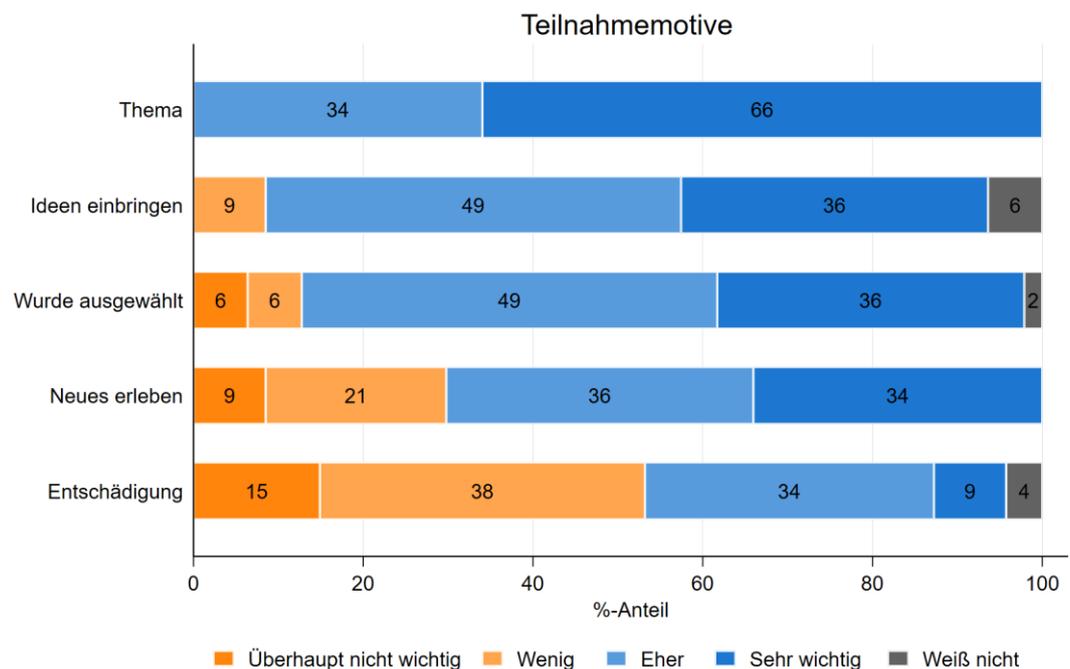
Die Befragung konzentrierte sich auf a) das Interesse am Thema des Bürger:innenrats, b) die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen, c) die Erfüllung der eigenen Auswahl, d) den Wunsch, etwas Neues zu erleben, und e) die Aufwandsentschädigung. Darüber hinaus erlaubte eine offene Antwortkategorie, zusätzliche Motive abzufragen, wovon ein Viertel der Mitglieder (11 Personen) Gebrauch machte. Dabei wurden die Möglichkeiten der

⁷ Eine Studie, die Teilnahmeeffekte mittels Vergleich von Ratsmitgliedern und einer Kontrollgruppe analysiert, ist derzeit in Vorbereitung (Disslbacher et al. 2024).

Mitbestimmung (5) und des Ideenaustauschs (4) mehrfach genannt. Einzelnennungen betrafen soziales Engagement und Bildung.

Abbildung 1 veranschaulicht die Verteilung der Motive. Die ausgewiesenen Zahlen zeigen den Anteil der Mitglieder an, die ein Motiv als „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „wenig wichtig“ oder „überhaupt nicht wichtig“ für ihre Teilnahme bezeichnen.

Abbildung 1: Teilnahmemotive Guter Rat (Welle 1)



Fragewortlaut: „Es gibt zahlreiche Beweggründe für die Teilnahme an einem Bürger:innenrat. Welche Dinge waren für Sie wichtig?“

Das Thema ist allen Teilnehmer:innen wichtig (100%), zwei Drittel geben an, dass es sehr wichtig ist. Ähnlich zentral erweist sich die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen (85%). Genauso oft wird der Grund, dass man ausgewählt wurde, genannt (85%). Etwas mehr als zwei Drittel finden die Aussicht, etwas Neues zu erleben, wichtig (70%). Ungefähr jedes zweite Ratsmitglied (43%) gibt an, auch aufgrund der finanziellen Aufwandsentschädigung teilzunehmen.⁸ Während die Deklaration von Interessen und insbesondere finanzieller

⁸ Die Frage nach Teilnahmemotiven unterliegt möglichen Verzerrungseffekten aufgrund von sozialer Erwünschtheit. Dies kann besonders bei der Frage nach finanziellen Motiven zu einer Unterdeklaration führen, während Fragen nach thematischem Interesse eine Überdeklaration hervorrufen können.

Motive in Befragungen verzerrt sein kann, zeigen die Ergebnisse, dass eine hohe Aufwandsentschädigung eine (zusätzliche) Motivation für die Teilnahme bedeuten kann.

Tabelle 3 weist die Ergebnisse von Mittelwertvergleichen zwischen ausgewählten soziodemografischen Gruppen (t-Test) aus. Aufgrund der geringen Fallzahl sollten die Resultate allerdings mit Vorsicht interpretiert werden.

Wenngleich Unterschiede eher moderat ausfallen (7-15%) und statistisch nicht signifikant sind, deuten die Ergebnisse darauf hin, dass finanzielle Anreize einen Baustein zur Erhöhung der Teilnahmebereitschaft von Gruppen liefern könnten, die erfahrungsgemäß seltener an demokratischen Prozessen teilnehmen. Dieser Befund trifft für Mitglieder mit geringem Einkommen, geringer formaler Bildung, ohne Beschäftigung und solche mit Migrationsbiografie zu, die alle etwas häufiger finanzielle Motive anführten.

Tabelle 3: Finanzielle Motivation nach sozialen Gruppen

Soziale Gruppe	Mittelwert Gruppe	Mittelwert Vergleichsgruppe	Unterschied	p-Wert
Einkommen (untere Hälfte)	50% (20)	40% (25)	+10%	0,51
Bildung (max. Pflichtschulabschluss)	57% (7)	42% (38)	+15%	0,47
Erwerbsstatus (arbeitslos, Ausbildung, Haushalt)	57% (7)	42% (38)	+15%	0,47
Herkunft (Ausland)	50% (10)	43% (35)	+7%	0,69

Anmerkung: Zahlen in den Klammern geben die Gruppengröße wieder. Abweichungen ergeben sich aufgrund von fehlenden Angaben.

Im Einklang mit den Befragungsergebnissen wird auch in den Interviews überwiegend von der Relevanz des Interesses an der Thematik bzw. der Möglichkeit, etwas dazu beitragen zu können, als Motivation für die Teilnahme berichtet. Nur zwei Befragte nennen ein abweichendes Motiv. Im ersten Fall handelt es sich um ein materielles Motiv: Die Befragte schildert, dass sie sich zunächst v. a. über die Möglichkeit zur Teilnahme gefreut hat, weil sie die

Stadt Salzburg sehr gerne mag und die Reise- und Aufenthaltskosten ersetzt wurden. Mit der Thematik selbst war sie vorab wenig vertraut, das Interesse daran und der Wunsch, zu einer gerechteren Verteilung beizutragen, haben sich erst im Laufe der Teilnahme entwickelt, wie der folgende Interviewauszug illustriert:

„Ja, ich war vor ein paar Jahren in Salzburg und habe mich wirklich in Salzburg verliebt. [...] Und als ich dann gesehen habe, dass das in Salzburg stattfindet und dass die Fahrtkosten übernommen werden und man das Hotel bezahlt bekommt, habe ich mich gefreut. Alles, was wir dort erfahren und lernen, das war am Anfang eher Nebensache für mich, weil ich hatte keine Ahnung, wie das alles funktionieren würde. Aber ja, und so fahr ich jedes Mal mit Freude hin.“ (ID2)

Im zweiten Fall handelt es sich um ein politisches Motiv: Die Teilnehmerin (ID3) erzählt, dass sie zunächst aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit den bestehenden Parteien und der Annahme, dass dort eine neue Partei gegründet würde, teilnehmen wollte. Nachdem sich diese Erwartung nicht erfüllt hat, sondern bereits beim ersten Treffen klar wurde, dass eine Parteigründung explizit ausgeschlossen sei, wären andere Dinge für sie interessant geworden, so die Befragte.

Die beiden Fälle deuten zum einen auf eine Relevanz materieller Motive gerade auch für Menschen hin, die sich vorab nicht für das Thema interessiert haben. Zum anderen zeigen sie, dass sich die Teilnahmemotivation im Zuge der Teilnahme verändern kann.

Negative Erwägungen werden von den Befragten kaum geäußert. Mehrere Interviewte (ID2, ID4, ID5, ID10) erzählen allerdings, dass sie zu Beginn daran gezweifelt hätten, ob das eine seriöse Einladung sei oder ein Betrugsversuch. Daher hätten sie sich erst nach einer Recherche zum Guten Rat angemeldet. Ein paar Befragte beschreiben außerdem Unsicherheit aufgrund des hohen damit verbundenen Zeitaufwandes, insbesondere aufgrund von Kinderbetreuungspflichten, die sie vorab erst klären mussten (ID8, ID9), und eine Person schildert anfängliche Zweifel, ob sie geeignet wäre, etwas beizutragen bzw. etwaige damit verbundene an sie gesetzte Erwartungen zu erfüllen (ID7).

3.1.2 Teilnahmeerfahrungen

Die (wahrgenommene) Qualität deliberativer Beteiligungsverfahren kann deren Wirkung mitbeeinflussen. Daher wurde die Beurteilung der Teilnahme-

und Diskussionsbedingungen erhoben. Dazu wurden alle Mitglieder zunächst um eine allgemeine Einschätzung gebeten. 34 (87%) Mitglieder bezeichnen den Guten Rat als eine sehr gute Sache, 3 Befragte (8%) halten ihn für eine gute Sache, während 2 Personen (5%) ein gemischtes Urteil fällen („weder eine gute noch eine schlechte Sache“). Insgesamt bewerten 95% der Befragten den Guten Rat als (sehr) gute Sache.

Diese positive Beurteilung spiegelt sich auch in den qualitativen Interviews wider. In den Schilderungen der Befragten wird auf allgemeiner Ebene vielfach auf die gute, konstruktive und wertschätzende Atmosphäre im Guten Rat hingewiesen:

„Ja, für mich persönlich, ich gehe wirklich gern zum Guten Rat. Ich liebe das sehr, einfach diese Arbeitsatmosphäre, dieses konstruktive Arbeiten in der Gruppe.“ (ID1)

Ein Motiv, das in diesem Zusammenhang mehrfach genannt wird, ist die Wahrnehmung, dass man im Guten Rat von den anderen Ratsmitgliedern, vom Organisationsteam, den Expert:innen und Moderator:innen wertgeschätzt wurde, wie man ist, und dass alle Meinungen – auch abweichende – offen geäußert werden konnten. Es wird positiv angemerkt, dass allen Wortmeldungen aufmerksam zugehört wurde und mit abweichenden Meinungen respektvoll und tolerant umgegangen wurde. Auch das hohe Ausmaß an Inklusion u. a. durch unterschiedliche Übersetzungsmöglichkeiten wird sehr positiv wahrgenommen (ID1, ID2, ID3, ID4, ID7, ID8, ID9). Die positiven Erfahrungen werden dabei mehrfach auf die gute Organisation und Begleitung seitens des Organisationsteams und der Moderator:innen zurückgeführt:

„Sie müssen sich denken, dass wir 50 ganz verschiedene Personen sind, von 16 bis, der Älteste ist glaube ich 83. Und wir verstehen uns alle sehr, sehr gut. Jeder redet mit jedem und niemand wird ausgeschlossen, egal, welche Sprache er spricht, welche Religion er hat oder wie alt er ist. So was muss man mal schaffen, dass die Atmosphäre unter 50 Personen so gut funktioniert. Jeder geht mit jedem respektvoll um, jeder lässt jeden ausreden und die Meinungen von jedem werden gehört. Unsere Meinungen zählen und unsere Ideen zählen und jeder hat Respekt gegenüber jedem.“ (ID9)

Ein paar Befragte beschreiben, im Vorfeld des Guten Rats unsicher oder nervös gewesen zu sein, da sie über wenig Erfahrung im Austausch mit größeren Gruppen verfügen oder auch grundsätzlich unsicher/nervös seien, wenn sie vor mehreren Menschen ihre Meinung ausdrücken/sprechen sollen (ID2, ID6, ID7). Diese Nervosität hat sich laut den Befragten im Verlauf der Teilnahme

am Guten Rat infolge der positiven Erfahrung, des wertschätzenden und respektvollen Umgangs und der guten Rahmenbedingungen gelegt:

„Ich war schon nervös. [...] Weil ich bin nicht so ein Mensch gewesen, der vor mehreren Leuten gerne laut geredet oder eine Rede gehalten hat. Ja, davor habe ich früher immer eher gezittert [...], das hat sich innerhalb kurzer Zeit deutlich geändert. Die [Organisator:innen des Guten Rats] haben diese negativen Gedanken alle weggenommen, die Unsicherheit und die Nervosität. Sie begleiten uns wirklich super. Das muss man wirklich sagen. Ich habe manchmal auch sprachliche Probleme gehabt, weil beim ersten Treffen war ein Vortrag von einem Professor aus Düsseldorf, glaube ich, wenn ich mich nicht falsch erinnere. Der hat ein bisschen einen eigenen Akzent gehabt und ich habe ihn deshalb nicht so gut verstanden. Aber da gab es die Dolmetscher:innen und ich habe einfach die Kopfhörer genommen und konnte auf [Sprache] hören, damit ich ihn gut verstehen kann. Das hat mir sehr geholfen, ohne dass ich mich dafür schämen müsste. Auch wenn ich Deutsch kann, aber wenn ich eine Übersetzung brauche, dann kann ich das einfach in Anspruch nehmen, und das hat super gepasst.“ (ID2)

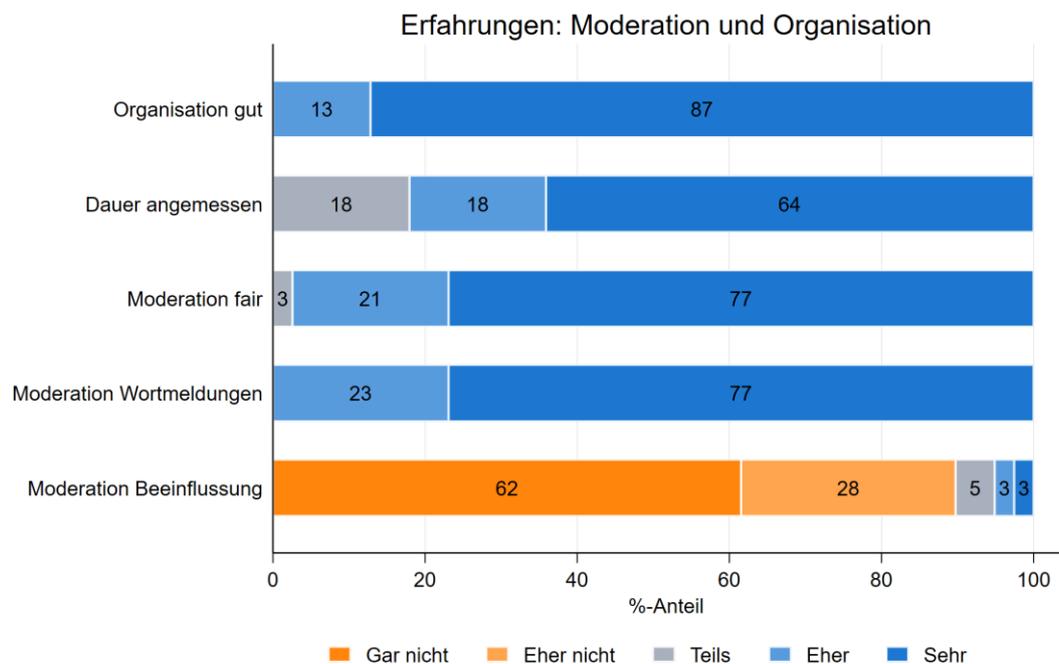
Aus der positiven Erfahrung werden vereinzelt auch Hoffnungen abgeleitet, dass ein wertschätzendes Miteinander auch in größerem (politischen) Rahmen funktionieren könnte, wenn es im Rahmen des Guten Rats möglich ist, an dem so unterschiedliche Menschen teilnehmen (ID3).

„Dieses erste Treffen, also da bin ich strahlend aus diesem Wochenende rausgegangen, weil ich mir gedacht habe, wir sind alle fremd untereinander, keiner hat den anderen vorher gekannt, keiner weiß, welche Ausbildung ein anderer hat oder wie seine finanzielle Lage ist. Wir haben uns einfach mit unserem Namen vorgestellt, haben nicht mehr gewusst, außer, aus welchem Bundesland der andere jeweils ist. Und der Umgang war so offen und freizügig und offenherzig, wirklich ein Aufeinanderzugehen, dass ich mir gedacht habe, wenn das in einer wild zusammengewürfelten Gruppe von 50 Leuten einfach innerhalb von zwei, drei Stunden möglich ist, dass man dem anderen zuhört, dass man den ausreden lässt, dass man ein Für und Wider bespricht, wenn das möglich ist, dann muss das doch auch im ganz Kleinen, in der Familie, und auch im Großen, in der Politik, möglich sein.“ (ID3)

Der positive Allgemeineindruck spiegelt sich auch in Teilaspekten wider. Abbildung 2 zeigt, dass alle befragten Mitglieder der Meinung sind, dass der Gute Rat für Rückverteilung gut organisiert war. Über 80% der Befragten halten die Dauer für angemessen. Auch die Moderation wird weitgehend positiv beurteilt – (beinahe) alle Teilnehmer:innen beurteilen sie als fair (97%). Knapp 80% meinen, dass alle Mitglieder ausreichend zu Wort gekommen sind. Das heißt, jedes fünfte Ratsmitglied stimmt zum Teil zu, dass die

Moderation nicht alle gleichberechtigt zu Wort kommen ließ. In etwa jede:r Zehnte ist der Ansicht, dass die Moderation (teilweise) versuchte, Diskussionen manchmal durch die eigene Meinung zu beeinflussen.

Abbildung 2: Organisation und Moderation



Fragewortlaut: „Bitte geben Sie an, ob die folgenden Aussagen zur Organisation und Abwicklung des Bürger:innenrats zutreffen: (1) Der Bürger:innenrat war gut organisiert. (2) Die Dauer des Bürger:innenrats war angemessen. (3) Die Gesprächsmoderation war fair. (4) Die Gesprächsmoderation ließ alle Teilnehmer:innen gleichberechtigt zu Wort kommen. (5) Die Gesprächsmoderation hat manchmal versucht, die Diskussion mit ihrer eigenen Meinung zu beeinflussen.“

Die überwiegende Zufriedenheit spiegelt sich auch in den qualitativen Interviews wider. In Hinblick auf die Organisation werden unterschiedliche Aspekte genannt, die von der Möglichkeit der Kinderbetreuung über die inklusive Gestaltung u. a. durch Dolmetscher:innen oder die grafische Umsetzung der Vorträge bis zum Ablauf sowie der Wahl des Ortes u. Ä. reichen. Mehrere Befragte (ID1, ID7, ID9) äußern das Gefühl, sich im Guten Rat sehr schnell gut aufgehoben und aufgenommen gefühlt zu haben, und vielfach wird dabei auch auf die gute Organisation Bezug genommen:

„Meine Hoffnungen oder meine Erwartungen sind wirklich sehr positiv erfüllt worden. Einerseits von der Organisation her, wie das Ganze abgewickelt wird, das ist wirklich sehr professionell. Man merkt auch, dass da viel Geld

hineingesteckt wird, aber dieses Geld spürt man auch. Alles ist sehr gut gestaltet und es fehlt an nichts. Die Organisation selber ist super [...] Die Location ist sehr gut ausgewählt, es läuft alles wie am Schnürchen und es wird einfach an alles gedacht. Es gibt zum Beispiel eine Grafikerin, die die Inhalte der Vorträge grafisch umsetzt, sodass sie auch bildlich dargestellt sind, es gibt eine Fotografin, es gibt ein Filmteam, die Social-Media-Beiträge machen. Es ist an so viel gedacht worden, es gibt Dolmetscher für Leute, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, und zwei Gebärdendolmetscher. Es wird wirklich alles gemacht, damit sich möglichst alle Leute dort gut betreut und aufgehoben fühlen.“ (ID1)

Daneben gibt es vereinzelt auch kritische Einschätzungen. Ein Befragter (ID6) beschreibt die Kommunikation (und die eingesetzten Moderationstechniken) als für ihn zu Beginn unübersichtlich. Erst in den einzelnen Handlungsfeldern sei es für ihn verständlich und nachvollziehbar geworden.

„Es ist so, dass für mich das Arbeiten in einer so großen Gruppe sehr fordernd ist, weil ich das so nicht gewohnt bin. Am Anfang habe ich mir recht schwergetan und konnte mir auch nicht vorstellen, wie wir da auf einen Nenner kommen sollten [...]. Ich war der Meinung, da kommen Leute zusammen, man diskutiert in Gruppen. Es ist, wie gesagt, anders gekommen. Es war eigentlich alles mehr über schriftliche Informationen und ganz kurze Diskussionen in Zweier-, Dreiergruppen. Das hat man danach irgendwie aufgeschrieben und an eine Pinnwand geklebt und danach konnte man sich am Marktplatz treffen. Das war für mich sehr, sehr ungewohnt und unübersichtlich. Ich habe keinen Überblick gehabt, was überhaupt passiert. Das war recht unbefriedigend für mich. Ab dem Zeitpunkt, wo wir in die Themengruppen gegangen sind, hat sich das dann verbessert.“ (ID6)

Eine Befragte fand die Dichte an Informationen an den ersten beiden Wochenenden zu hoch und hätte sich eine ausgewogenere Verteilung der Informationen gewünscht:

„Ganz grundsätzlich fand ich, besonders in den ersten Wochenenden waren es doch sehr viele und sehr lange Vorträge. Die hätten vielleicht etwas kürzer ausfallen können. Oder vielleicht besser verteilt werden. Das ist mir am Anfang ein bisschen viel vorgekommen. Aber was ich auf alle Fälle sagen kann, ist, dass sie wirklich sehr informativ waren. Die Informationen waren wirklich, würde ich sagen, sehr wichtig für uns, für die Ausarbeitung.“ (ID4)

Die Rolle der Moderation wird ebenfalls nahezu durchgängig wohlwollend beschrieben. Positiv hervorgehoben wird zum einen die Einbindung aller Ratsmitglieder. Dabei wurden insbesondere diejenigen, die sich seltener von selbst zu Wort meldeten, regelmäßig explizit gefragt, ob sie etwas beitragen möchten. Es wurde als besonders angenehm empfunden, dass dies auf eine respektvolle und ungezwungene Weise geschah, sodass sich niemand unter

Druck gesetzt fühlte. Zum anderen wird geschätzt, dass die Moderation darauf achtete, keinen inhaltlichen Einfluss auf die Diskussion auszuüben. Eine befragte Person äußert allerdings eine kritische Anmerkung: Sie hätte sich eine stärkere Lenkung durch die Moderation gewünscht, um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Vielrednern und den zurückhaltenderen Mitgliedern zu fördern.

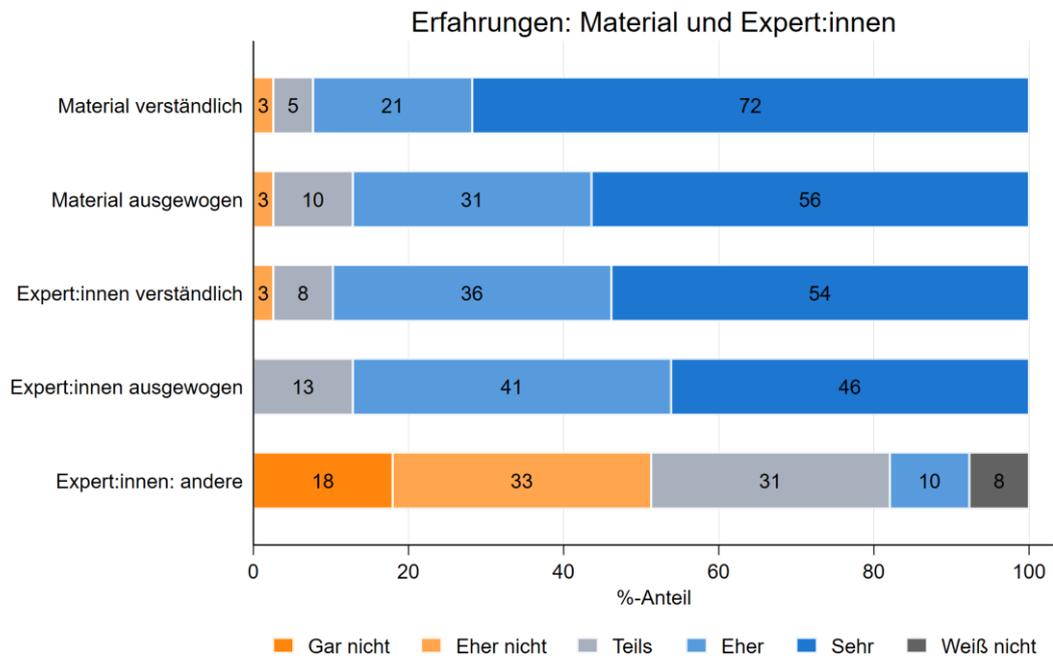
„Ja, meistens gut und kompetent. Manchmal hätte ich mir gewünscht, dass sie ein bisschen mehr eingegriffen hätte, ein bisschen mehr Führungsqualität gezeigt hätte im Sinne von einen Prozess lenken. Ich meine, klar, sie sagen natürlich, wir sind da die Entscheidungsträger oder die Menschen, die eine Stimme haben in der Verteilung von Projekten. Aber ich glaube, eine Moderation ist ja auch dazu da, ein bisschen zu lenken, wenn jemand zu viel spricht, oder man kann vielleicht auch die, die sich kaum melden, einmal ansprechen, den Prozess so ein bisschen lenken. Da hätte ich mir manchmal ein bisschen mehr Initiative gewünscht. Aber meistens war es sehr, sehr gut.“ (ID5)

Abbildung 3 fasst die Einschätzung hinsichtlich des Informationsmaterials und der Expert:innen zusammen. Sowohl die Informationsmaterialien zum Thema des Guten Rats als auch die Expert:innen-Vorträge waren für etwa 90% der Mitglieder verständlich und ausgewogen. Eine größere Gruppe an Teilnehmer:innen (etwa 40%) hätte sich allerdings zumindest teilweise andere Expert:innen gewünscht. Wenngleich Zeit- und Organisationsstruktur oft wenig Spielraum erlauben, könnten partizipative Einladungsverfahren bei entsprechender Vorlaufzeit dazu beitragen, den Mitgliedern eine aktivere Rolle bei der Auswahl der Expert:innen zu ermöglichen.

Expert:innen und Vorträge werden auch in den qualitativen Interviews durchgängig sehr positiv charakterisiert. Ein befragtes Ratsmitglied (ID1) hebt dabei explizit das Kriterium der Tätigkeit an öffentlich finanzierten Universitäten hervor. In den übrigen Interviews werden v. a. die Expertise im jeweiligen Themenbereich, die Verständlichkeit und Niederschwelligkeit und das Eingehen der Expert:innen auf die Fragen der Ratsmitglieder sehr positiv gesehen:

„Am ersten und auch am zweiten Wochenende wurden wir hauptsächlich informiert, es waren sehr viele Vorträge von Experten, Expertinnen, die allesamt großartig waren. Meiner Meinung nach waren sie sehr gut vorbereitet, sehr anschaulich, gut heruntergebrochen auf, wie sage ich, also jetzt kein universitäres Niveau, weil wir ja alle nicht Wirtschaft studieren und die meisten oder viele Menschen ja auch nicht in dieser Sprache zu Hause sind. Es war, glaube ich, für alle verständlich und eindrucksvoll, es war in erster Linie Information an diesen ersten zwei Wochenenden.“ (ID5)

Abbildung 3: Material und Expert:innen

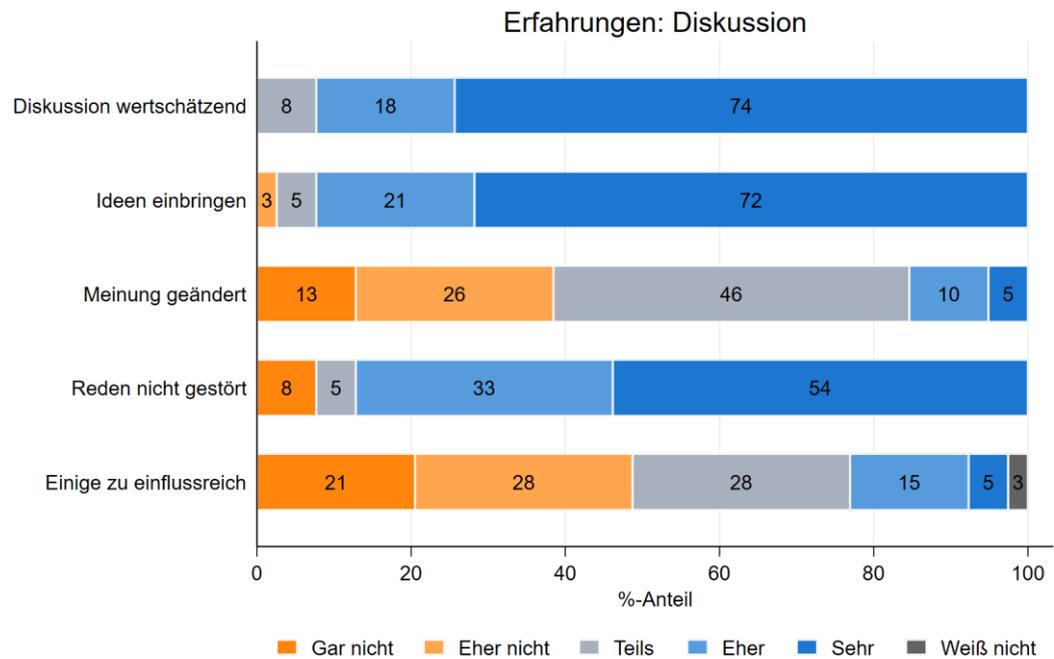


Fragewortlaut: „Bitte geben Sie an, ob die folgenden Aussagen zum Informationsmaterial und der Rolle der Expert:innen im Rahmen des Bürger:innenrats zutreffen: (1) Die Informationsmaterialien waren verständlich. (2) Die Informationsmaterialien waren ausgewogen. (3) Die Beiträge der Expert:innen waren verständlich. (4) Die Beiträge der Expert:innen waren ausgewogen. (5) Ich hätte gerne andere Expert:innen gehört.“

Mehrfach wird dabei auch die Kommunikation (ID1, ID7, ID8, ID9) – „auf Augenhöhe“ (ID7) – erwähnt und vereinzelt die Möglichkeit zum informellen Austausch zwischen Expert:innen und Ratsmitgliedern im Rahmen von Kamingesprächen hervorgehoben (ID1).

Aus Abbildung 4 lässt sich ableiten, dass über 90% der Mitglieder die Diskussionen im Rahmen des Guten Rats als wertschätzend empfinden. Ein ebenso hoher Anteil (92%) gibt an, eigene Ideen im Guten Rat einbringen zu können, und nahm keine Störungen oder Unterbrechungen von Redebeiträgen wahr (87%).

Abbildung 4: Erfahrungen mit Diskussionen im Guten Rat



Fragewortlaut: „Bitte geben Sie an, ob die folgenden Aussagen zur Rolle der Diskussionen und Entscheidungsfindung im Rahmen des Bürger:innenrats zutreffen: (1) Die Diskussionen waren wertschätzend und von gegenseitigem Respekt geprägt. (2) Ich konnte meine Ideen einbringen, wenn ich wollte. (3) Ich habe aufgrund der Diskussionen meine Meinung geändert. (4) Redebeiträge wurden nicht unterbrochen oder gestört. (5) Einige Ratsmitglieder hatten zu viel Einfluss auf die Diskussionen.“

Dennoch sind Anzeichen zu erkennen, dass sich auch im Guten Rat zum Teil hierarchische Muster in der Diskussionsführung etablieren konnten: Auf die Frage, ob einige Personen zu starken Einfluss ausübten, stimmt etwa ein Fünftel der Befragten zu. Insgesamt zeigt das Antwortverhalten auch, dass die Mitglieder sich auf die Diskussionen und den Austausch an Argumenten eingelassen haben. Etwa 15% der Befragten sagen, ihre Meinung aufgrund der Diskussion geändert zu haben, weitere 46% stimmen dem zum Teil zu.

In Summe geben also knapp sechs von zehn Befragten an, im Rahmen der Diskussionen – zumindest teilweise – ihre Meinung geändert zu haben. Dieser Wert ist beachtlich und deutet das Potenzial deliberativer Beteiligungsprozesse an, zu Interessenausgleich und Konsensfindung beizutragen.

Mit Blick auf die Diskussionen im Rahmen des Guten Rats schildern die Befragten überwiegend ein wertschätzendes und sachliches Gesprächsklima, in dem unterschiedliche Meinungen geäußert und „wertfrei“ (ID1) diskutiert

werden konnten. Eine Befragte erzählt in diesem Zusammenhang, dass sie zu Beginn des Guten Rats in kleineren Gruppen debattiert hätten, wie sie miteinander umgehen möchten, und dass das ihrer Wahrnehmung nach auch in der Praxis gut funktionierte:

„Wir haben am Anfang Voraussetzungen diskutiert, wie wir miteinander umgehen möchten, und das ist lustig, da waren wir auf mehrere Tische verteilt und jeder Tisch bringt eigentlich mehr oder weniger dasselbe raus: dass wir einfach mit Wertschätzung aufeinander zugehen wollen, den anderen ausreden lassen und dass auch verschiedene Meinungen nebeneinander stehenbleiben können. Weil es halt ein jeder seine Meinung. Und das funktioniert, so wie ich es erlebt habe, eigentlich sehr gut. Ich muss mit dem Menschen, mit dem ich gerade rede, nicht einer Meinung sein, ich kann mir einfach seine Meinung anhören und darüber nachdenken. Und manchmal sagt man dann, ja, gut, das ist wirklich so oder ein anderer nimmt wieder was mit, was man selber gesagt hat. Also da ist keine Wertung dahinter und darum, glaube ich, laufen die Diskussionen ganz gut.“ (ID7)

Im Hinblick auf die Ausgewogenheit der Diskussionsbeiträge wird ebenfalls ein überwiegend positiver Eindruck geschildert, demzufolge im Wesentlichen alle Ratsmitglieder zu Wort kamen. Allerdings wird mehrfach darauf hingewiesen, dass manche Mitglieder mehr Redezeit in Anspruch genommen hätten (ID1, ID2, ID3, ID6, ID7, ID8). Dieses wahrgenommene Ungleichgewicht wird jedoch zumeist nicht als Problem angesehen, sondern als Ergebnis unterschiedlicher Charaktere (ID7) bzw. unterschiedlicher Themenkenntnisse (ID2), aber auch als im Rahmen der Gruppe handhabbar (ID8).

Eine Befragte (ID3) schildert eine Verschlechterung des Diskussionsklimas im Verlauf des Guten Rats. Ihrer Wahrnehmung zufolge wurde mit zunehmender Dauer des Rats, v. a. mit Blick auf die sich immer mehr konkretisierende Zuteilung des Geldes, das Diskussionsklima rauer und die gegenseitige Wertschätzung ging zum Teil verloren. Einzelne Ratsmitglieder hätten ihr zufolge verstärkt versucht, die Diskussionen zu dominieren, ihre Meinung durchzusetzen oder andere Ratsmitglieder durch „Tauschgeschäfte“ für die Unterstützung ihres Anliegens zu gewinnen:

„Jetzt sind wir schon viermal zusammen gewesen und jetzt bemerke ich schon, dass es auch Menschen gibt, wie in der Politik, die lauter sind und vielleicht ein bisschen unangenehmer in der Diskussion. Die vielleicht nicht so gut zuhören, weil sie ihr Ding durchdrücken möchten. Es fängt ein bisschen an mit Freunderlwirtschaft, wo gesagt wird: ‚Du, ich bin ganz für deinen Vorschlag, ich finde das toll, aber du bist dann eh auch für meinen, oder?‘ [...] Ein anderer, der hat bei einer Diskussion die Augen verdreht und ich habe dann gefragt, warum. Er hat geantwortet, er muss sich sehr zurückhalten, sonst explodiert er, und er kann da seine Meinung nicht sagen, sonst

explodiert er. Ich denke mir, so was darf nicht passieren, weil wir sind alle gleich viel wert und wir wollen ja miteinander was Gutes machen.“ (ID3)

Zwei weitere Ratsmitglieder schildern einen „Konflikt“ um die Förderung eines Projekts in ihrem Handlungsfeld, das zwei Ratsmitglieder „unbedingt durchbringen wollten“ (ID5), während die übrigen Mitglieder sehr skeptisch oder gänzlich dagegen gewesen seien. Letztlich sei sehr viel Zeit aufgewendet worden, um zu einer Lösung zu kommen, die in Form eines Kompromisses durch eine deutlich geringere Fördersumme gefunden worden sei. Die Arbeit der Moderation wurde in diesem Fall als sehr positiv wahrgenommen: So berichtet eine Befragte, dass durch einen Diskussionsprozess auf zwei Ebenen – zuerst auf emotionaler Ebene und danach auf fachlicher Ebene – eine Lösung gefunden werden konnte:

„Die Moderatorin [...] hat ein sehr gutes Verfahren angewendet, um dieses Problem zu lösen. [...] Am Sonntag haben wir das Thema aufgegriffen, zuerst haben wir alles auf emotionaler Ebene besprochen. Wir haben sozusagen rausgelassen, was uns am Herzen liegt, was uns an der Situation stört, was wir denken oder was eigentlich das Ziel ist. Danach haben wir das nochmal auf fachlicher Ebene besprochen und versucht, das Problem zu lösen, mit Fakten, wissenschaftlich. Und das hat eigentlich gut funktioniert.“ (ID4)

Der größte Teil der Schilderungen über die Handlungsfelder bezieht sich auf die Diskussionen in diesem Rahmen. Die Arbeit im Rahmen der Handlungsfelder abseits der Diskussionen wurde in den Interviews nur vereinzelt thematisiert. Eine Befragte findet in diesem Zusammenhang, dass die Themen sehr gut gewählt seien, und äußert gleichzeitig Bedauern darüber, dass man sich früh für ein Handlungsfeld entscheiden musste, da sie Vorträge zu unterschiedlichen Themenfeldern interessiert hätten (ID3). Ein anderes Ratsmitglied (ID5) charakterisiert die Arbeit in seinem Handlungsfeld als „sehr ernsthaft“ und beschreibt, dass alle Gruppenmitglieder „sehr initiativ gearbeitet und sich viele Gedanken gemacht und recherchiert“ haben.

Neben dem überwiegend positiven Eindruck deuten einzelne Schilderungen aber auch auf erhebliche Unterschiede in der Wahrnehmung hin. So beschreibt eine Befragte die Arbeit in ihrem Handlungsfeld als sehr harmonisch aufgrund der fundierten Recherche und sieht auch die Gesprächsbeiträge als sehr ausgewogen an:

„Große Diskussionen gab es eigentlich nicht, weil in meiner Gruppe fast alle der gleichen Ansicht waren. Dadurch, dass wir gut recherchiert haben und vieles belegen konnten, haben alle verstanden, worum es geht und dass es

eine wirklich gute Sache ist. [...] Es gibt auch ein paar Personen, die ein bisschen schüchterner sind. Manchmal braucht es dann den ersten Schritt, dass man den Mut bekommt, sich zu melden. Dann melde ich mich auch zuerst, damit die anderen auch was sagen [...] Dominante Personen gibt es eigentlich nicht. Wir sind alle eher einer Meinung.“ (ID10)

Eine andere Befragte (ID1) äußert dagegen eine deutlich skeptischere Sicht auf die Arbeit in ebendiesem Handlungsfeld, die sie sehr stark durch eine dominante Person geprägt sieht. Sie hat den Eindruck, dass die Vorschläge dieser Person von den anderen Gruppenmitgliedern nur „abgenickt“ wurden und weder Recherche noch kritisches Hinterfragen dazu erfolgt sei, obgleich die Vorschläge ihrer Ansicht nach vielfach nicht zum Handlungsfeld gepasst hätten:

„Zum Beispiel ist mir aufgefallen, dass sehr viele Organisationen ausgesucht werden, die meiner Meinung nach mit dem Thema überhaupt nichts zu tun haben. [...] Ich habe dann mit einem Teilnehmer gesprochen, der hat gesagt, er ist schon so müde und es ist schon so anstrengend für ihn und er will sich eigentlich gar nicht mehr irgendwas Neues überlegen oder noch etwas recherchieren. Die waren einfach nur froh, dass etwas auf dem Flipchart steht. Ich habe dann gemerkt, da war ein Teilnehmer [...], der war ziemlich dominant. Der hat einfach das Thema vorgeschlagen, das für ihn persönlich gepasst hat, und die anderen haben das mehr oder weniger einfach abgenickt. Da war kein Widerstand, keine kritische Sichtweise oder die Frage: Passt das überhaupt zum Thema des Handlungsfeldes? Also das war ganz, ganz schwierig.“ (ID1)

Trotz vereinzelter kritischer Stimmen beurteilen alle Befragten die Teilnahme insgesamt als positive, wertvolle und lehrreiche Erfahrung.

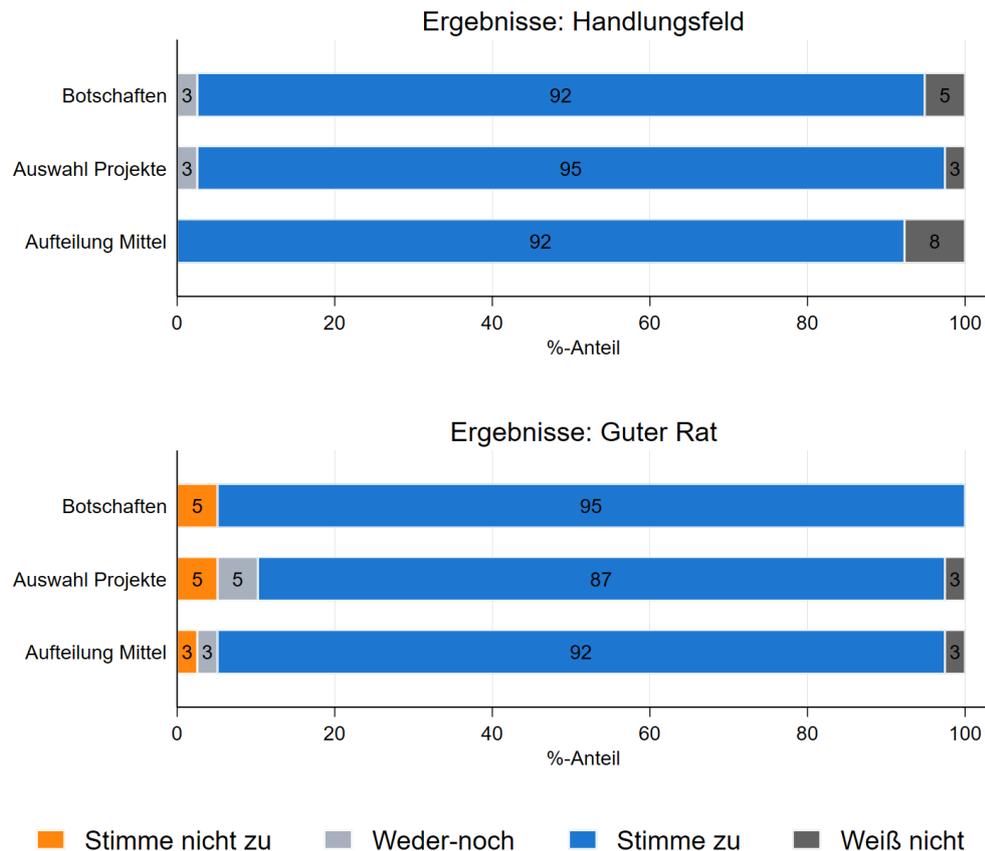
3.1.3 Ergebnisse Guter Rat

Neben der allgemeinen Zufriedenheit wurde auch abgefragt, wie die Mitglieder die Ergebnisse des Guten Rats beurteilen. Dabei wurde zwischen den Botschaften, der Auswahl der Projekte und der Zuteilung der Mittel unterschieden. Darüber hinaus konnten alle Befragten jeweils die Ergebnisse in ihrem Handlungsfeld – also jenem inhaltlichen Teilbereich, in dem sie aktiv mitgewirkt und dessen Ergebnisse sie mitgestaltet haben – und die Gesamtergebnisse des Guten Rats bewerten.

Abbildung 5 zeigt, dass beide Resultate von einem überwiegenden Teil der Mitglieder sehr positiv bewertet wurden. Insbesondere der eigene

Wirkungsbereich wird von nahezu allen Teilnehmenden positiv gesehen (92%-95%), bei den Gesamtergebnissen sind die Zustimmungswerte ebenfalls sehr hoch (87%-92%), wobei sich hier auch ein bis zwei Personen ablehnend äußern.

Abbildung 5: Bewertung der Ergebnisse



Fragewortlaut: „Was halten Sie persönlich von den Ergebnissen des Bürger:innenrats in Ihrem Handlungsfeld/dem Bürger:innenrat insgesamt?“

3.2 Demokratie und Partizipation

Deliberative Beteiligungsverfahren wie der Gute Rat können einen Beitrag zur demokratischen Aktivierung leisten und die Akzeptanz demokratischer Prozesse und Entscheidungen erhöhen (Germann et al. 2022; OECD 2020; Dryzek 2019; Geißel et al. 2017; Suiter et al. 2021). Daher analysiert dieser Teil des Berichts mögliche Effekte der Partizipation auf das politische Interesse, die eigene politische Wirksamkeit, die politische Beteiligung, die

Akzeptanz demokratisch legitimierter Entscheidungen sowie die (partei)politische Repräsentation.

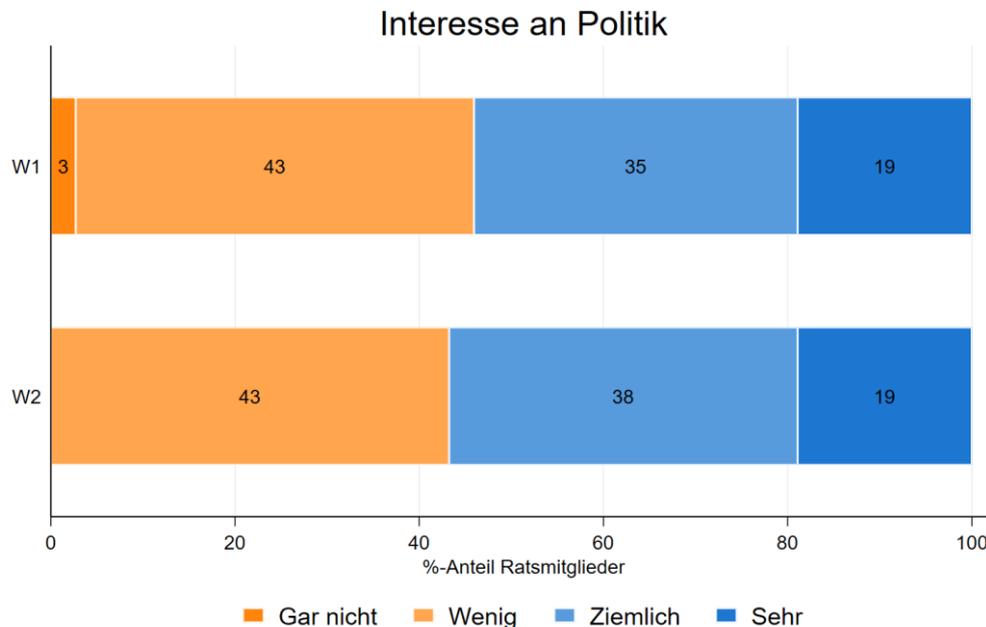
Um Veränderungen durch die Teilnahme am Guten Rat besser einordnen zu können, beinhalten Vergleiche nur Personen, die eine Frage in beiden Befragungswellen beantwortet und dabei nicht die Antwortkategorie „weiß nicht“ ausgewählt haben.

3.2.1 Politisches Interesse

Politisches Interesse ist ein wichtiger Indikator dafür, ob Bürger:innen das politische Geschehen verfolgen und daran teilnehmen. Politisch interessierte Menschen wissen mehr über Politik, nehmen eher an Wahlen teil und beteiligen sich öfter an politischen Prozessen (z. B. Powell 1986). Langfristige Untersuchungen zeigen zudem, dass politisches Interesse im Lebensverlauf sehr stabil ist und Verschiebungen bei Einzelpersonen selten sind (Prior 2010). Daher sind Veränderungen eher unwahrscheinlich und würden deliberative Partizipationsprozesse als Hebel für die Steigerung des politischen Interesses ausweisen.

Abbildung 6 zeigt kaum Veränderungen im politischen Interesse der Ratsmitglieder und stützt somit weitgehend die These, dass dieses nicht generell durch kurzfristige, einmalige Beteiligungsprozesse erhöht werden kann. Dennoch lassen sich punktuell marginale Verschiebungen feststellen, die eine geringfügige Aktivierung des politischen Interesses nahelegen. Der Mittelwert des politischen Interesses steigt zwischen den Wellen um 0,1 Skalenpunkte an (W1: 0,2, W2: 0,3). Fasst man (wenig und gar) nicht interessierte sowie (ziemlich und sehr) interessierte Personen jeweils zusammen, ist ein geringer Anstieg der „Interessierten“ (+3%, was einer Person entspricht) zu erkennen.

Abbildung 6: Politisches Interesse



Fragewortlaut: „Einmal ganz allgemein: Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?“ (n = 37)

Die qualitativen Interviews belegen diesen ambivalenten Trend. Einige Ratsmitglieder berichten explizit von gesteigertem Interesse bei sich selbst oder anderen Personen (ID1, ID3, ID4, ID8, ID10). Dieses reicht von der Beschäftigung mit Ungleichheit über Diskussionen im Freundes- und Bekanntenkreis oder im Betrieb bis zu Beispielen, bei denen Befragte berichten, dass sie aufgrund der Aktivierung wieder an Wahlen teilgenommen, sich davor eingehend mit Parteien und Inhalten des Wahlkampfs auseinandergesetzt und sich auch auf lokaler Ebene für politische Prozesse interessiert haben (ID3):

„Ich habe jetzt Angst um die Demokratie, überhaupt. [...] Ich bin jetzt auch politisch viel motivierter. Ich habe vorher schon aufgegeben gehabt, weil ich mir gedacht habe, ich gehe gar nicht mehr wählen, wen soll ich denn wählen? [...] Am Anfang habe ich ungültig gewählt, dann habe ich mir gedacht, das bringt nichts, ich gehe gar nicht mehr hin. Dann werden sie ja irgendwann merken, dass das so nicht geht. [...] Und ja, jetzt bin ich wieder motiviert [...]. Ich habe das Gefühl, ich für mich kann was ändern. Ich bin jetzt einfach interessiert, neugierig, ich schaue mir die ganzen Nachrichten an, vergleiche sie und möchte mich auch in der Politik vor Ort engagieren und ich sage meine Meinung.“ (ID3)

Daneben gibt es auch einige Aussagen, die ganz offensichtlich das gestiegene gesellschaftliche Engagement in den Vordergrund stellen und dieses bewusst von der (Partei-)Politik abgrenzen (ID5, ID6, ID7).

3.2.2 Demokratiezufriedenheit

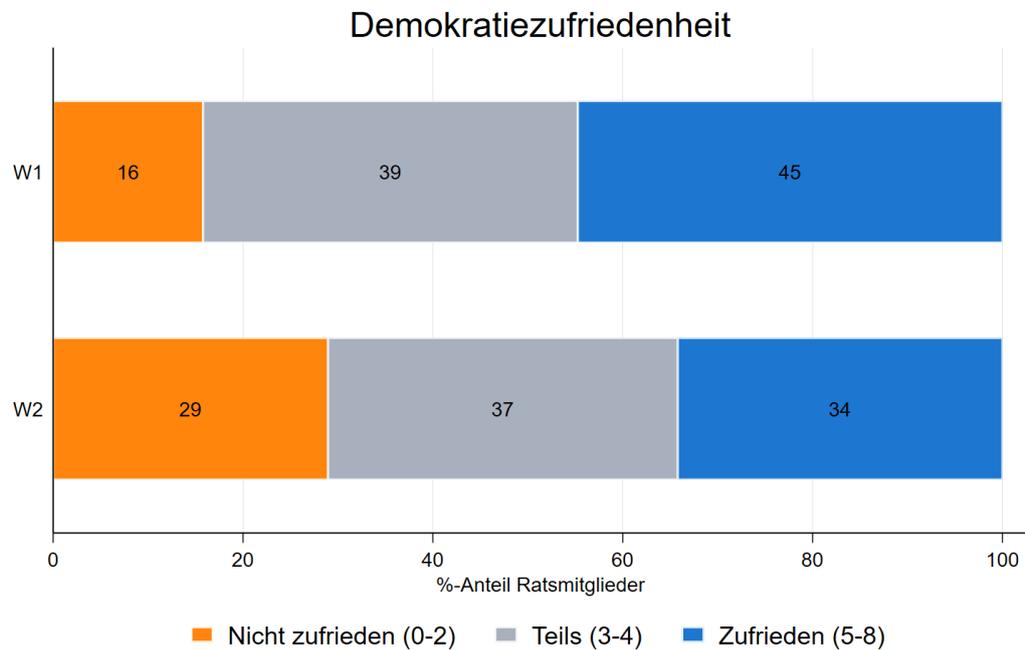
Auch die generelle Zufriedenheit mit Demokratie ist ein wichtiger Indikator und gilt als zentrale Voraussetzung für die Stabilität eines politischen Systems (u. a. Easton 1965). Sie misst zwar nicht die grundlegende Akzeptanz von Demokratie, dient jedoch als wichtiges Evaluationskriterium für das Funktionieren von Demokratie in der Praxis (Anderson 2002; Singh & Mayne 2023). Die Befragten konnten auf einer 8-stufigen Skala angeben, wie zufrieden (0 „überhaupt nicht“ – 7 „sehr“) sie im Allgemeinen mit der österreichischen Demokratie sind. Die grafische Darstellung fasst unzufriedene (0-2), teils zufriedene (3-4) und zufriedene (5-7) Personen zusammen.

Abbildung 7 zeigt einen recht deutlichen Rückgang der Zufriedenheit im Verlauf des Bürger:innenrats. Der Anteil der „Unzufriedenen“ steigt von etwa 16% auf knapp 29% der Ratsmitglieder an, jener der „Zufriedenen“ geht gleichzeitig von 45% auf 34% zurück (im Mittel: -0,2 Skalenpunkte). Eine mögliche Ursache für dieses Teilergebnis könnte der wachsende Unmut über die Dimension des Ungleichheitsproblems, verbunden mit Schuldzuschreibungen an politische Akteur:innen, sein. Zudem zeigt sich in vielen Interviews ein hohes Ausmaß an Unzufriedenheit mit den direktdemokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Österreich, wobei die Schweiz in vielen Fällen als Vorbild genannt wird (ID2, ID3, ID6, ID7, ID8). In Bezug auf die Parteipolitik dominiert der Eindruck, dass Eigeninteressen, Eitelkeiten, Korruption und Streit vorherrschen und „die Politik“ sich nicht um sachorientierte Lösungen bemühe, „nichts weiterbringt“, die Interessen der Bevölkerung nicht vertrete oder „fremdgesteuert“ sei (ID1, ID2, ID3, ID4, ID5, ID6, ID7, ID8, ID10).

„Ich finde auch schlimm, dass es oft nicht um die Sache geht, sondern nur um Macht. Es geht eigentlich immer nur um Macht, ganz oft geht es an der Sache eigentlich ganz vorbei, und das finde ich schlimm.“ (ID1)

„Ich habe einfach das Gefühl, dass die Sprache in der Politik sehr, sehr unter der Gürtellinie ist. Dass die Politiker überhaupt keine Vorbilder sind für irgendjemanden. Sie lügen und betrügen, und ich schaffe es nicht, jemandem, von dem ich weiß, dass er dieses und jenes versprochen hat und es nicht gehalten hat, oder der das und jenes gemacht hat und das aufgedeckt wurde, meine Stimme zu geben. Ich kann so jemand nicht wählen, auch wenn das schon ein paar Jahre her ist.“ (ID3)

Abbildung 7: Demokratiezufriedenheit



Fragewortlaut: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Österreich funktioniert?“ (n = 39)

3.2.3 Politische Wirksamkeit

Das Konzept der politischen Wirksamkeit (*political efficacy*) ist ein weiteres wesentliches Element der politischen Partizipationsforschung. Es beschreibt das Vertrauen von Bürger:innen, den politischen Prozess selbst beeinflussen zu können. Fehlendes Vertrauen in die persönlichen Einflussmöglichkeiten kann eine Ursache für den Vertrauensverlust in demokratische Institutionen bilden (Prats & Meunier 2021).

Das Konzept der politischen Wirksamkeit besteht aus zwei Dimensionen. Interne politische Wirksamkeit bezieht sich auf die eigene Fähigkeit, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Externe politische Wirksamkeit steht für die (wahrgenommene) Bereitschaft des politischen Systems und seiner Repräsentant:innen, Anliegen der Bürger:innen aufzunehmen und zu berücksichtigen (OECD 2022; Prats & Meunier 2021).

Für die Messung interner und externer politischer Wirksamkeit im Guten Rat wurden jeweils zwei Fragen verwendet, die in der Auswertung zu Indikatoren

zusammengefasst wurden. Dabei misst je ein Indikator die (mittlere) interne und externe Wirksamkeit (Mittelwert beider Fragen).⁹

Die aktive Teilnahme an Diskussionen und der Austausch zu politischen Themen an den Ratswochenenden würden eine Erhöhung der internen Wirksamkeit nahelegen, während durch die fehlende direkte Anbindung an das politische System bzw. seine Repräsentant:innen keine unmittelbaren Effekte auf die externe Wirksamkeit zu erwarten sind.

Es zeigt sich jedoch für beide Dimensionen kein positiver Effekt. Abbildung 8 veranschaulicht eine kleine Verringerung der wahrgenommenen Wirksamkeit zwischen beiden Befragungswellen. Im Mittel sinken beide Indizes geringfügig (-0,1).

Dies ist insbesondere für die interne Wirksamkeit überraschend und widerspricht dem Eindruck aus mehreren Interviews. So berichten einige Personen, dass sie nun mehr über politische Prozesse und relevante Themen informiert sind und infolge der Diskussionen im Rat, der Wortmeldungen vor (größeren) Gruppen und des Meinungsaustauschs mit anderen Ratsmitgliedern über mehr Selbstbewusstsein verfügen oder ihre Meinung auch außerhalb des Guten Rats etwas mehr Gewicht erhalten hat (ID1, ID3, ID4, ID7, ID8).

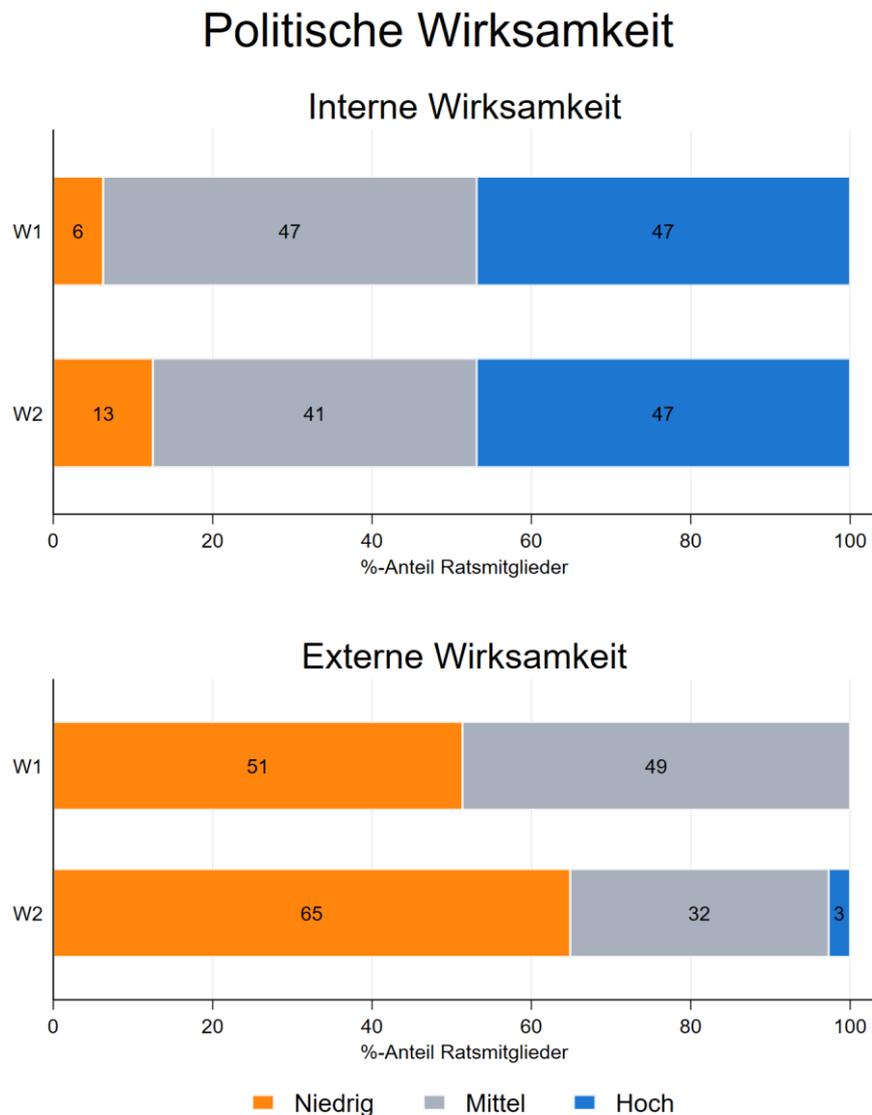
„Der Gute Rat, der hat mich auch wirklich sehr beeinflusst. Es ist wirklich eine super Sache, habe ich das Gefühl. Ja, natürlich tritt man dort auch manchmal vor der Gruppe auf und so, und man baut schon, sage ich mal, auch ein bisschen Selbstbewusstsein auf.“ (ID4).

„Ich denke mir, grundsätzlich habe ich ein bisschen Sicherheit dadurch schon gewonnen, weil es fördert schon die Persönlichkeit, wenn man so etwas erlebt hat [...] und das muss man natürlich mit seinem Umfeld ein wenig teilen und darüber reden.“ (ID7)

⁹ Fragewortlaut: „Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach zutrifft:

Interne Wirksamkeit: (1) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen. (2) Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen. Externe Wirksamkeit: (1) Die Politik kümmert sich darum, was Leute wie ich denken. (2) Die Politik bemüht sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.“

Abbildung 8: Politische Wirksamkeit



Anmerkung: Fragewortlaut s. FN 9 (n = 32, interne Wirksamkeit; n = 37, externe Wirksamkeit)

Im Hinblick auf die externe Wirksamkeit dominiert in den qualitativen Gesprächen der Eindruck, dass „die Politik“ sich nicht um die Interessen der Bevölkerung kümmere oder nicht für die Menschen da sei bzw. deren Probleme nicht löse (ID3, ID4, ID5, ID6, ID8, ID9). Dieser Eindruck hat sich offensichtlich durch die Teilnahme am Guten Rat verfestigt bzw. nicht verändert.

„[W]enn der politische Wille da wäre, wäre es eigentlich relativ einfach, das zu machen. Es gibt keinen Grund, das nicht in die Hand zu nehmen. Der Großteil der Bevölkerung sagt ja, da gehört einfach mehr Gerechtigkeit her. Und

da sieht man auch, wie mächtig die Wohlhabenden sind. Die können das einfach mit Lobbyarbeit oder wie auch immer wieder unten halten, das Thema. [...] es fängt damit an, dass die Politiker vergessen haben, dass sie für das Volk da sein sollten und nicht für die Wirtschaft und für einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung.“ (ID6)

„Also, das sind so die Dinge, wo ich mir denke, dass die Politiker teilweise etwas zu abgehoben sind und teilweise etwas zu weit weg von der Basis. Sie sollten wirklich hören, was die Leute wollen. Und da sind wir jetzt wieder bei dem Thema, das die Marlene Engelhorn anstoßen will. Das Demokratieverständnis stärken, dieses ‚Hört doch mehr auf die Leute und seid nicht nur von den Reichen abhängig, die euch vielleicht mehr Wahlkampfspenden geben. Schaut auf die mehr als 50%, die da unten sind und euch eigentlich die Stimmen geben.‘“ (ID8)

3.2.4 Politische Beteiligung und Repräsentation

Politische Beteiligung oder Partizipation umfasst sämtliche Aktivitäten von Bürger:innen, die Politik beeinflussen können. Dies beinhaltet institutionalisierte Beteiligungsformen wie die Teilnahme an Wahlen und erstreckt sich auf politisches Engagement in Parteien, Vereinen und der unmittelbaren sozialen Umgebung (van Deth 2021). Neben dem Vorhandensein verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten ist das tatsächliche Ausmaß an politischer Partizipation ein zentraler Gradmesser für die Qualität demokratischer Systeme (Verba & Nie 1972).

Zur Messung der allgemeinen politischen Beteiligung konnten Ratsmitglieder anhand einer Auswahlliste fünf verschiedene Arten der Betätigung auswählen (Teilnahme an Demonstration, Unterschriftensammlung, Mitarbeit in Partei, Verein oder Bürger:inneninitiative, Engagement für Thema/Person im persönlichen Umkreis, Online-Kommentare bzw. -Aktivität).

Um Veränderungen realistisch zu erfassen, wurde dabei ein Bezugsrahmen von sechs Monaten festgelegt. Die Darstellung in Abbildung 9 legt einen moderaten, aber sichtbaren Anstieg der politischen Aktivität der Ratsmitglieder nahe. Dies zeigt sich etwa darin, dass sich der Anteil an Personen, die gar keine Aktivität auswählten, reduzierte. Zudem stieg das Ausmaß der Beteiligung auch bei den übrigen Ratsmitgliedern.

Im Durchschnitt wählten diese vor dem Start des Guten Rats 1,5 Aktivitäten aus, nach Abschluss des Guten Rats waren es 1,9. Dies ist insbesondere in Anbetracht des kurzen Zeitraums eine sichtbare Erhöhung und steht damit im Widerspruch zur Selbsteinschätzung der eigenen politischen

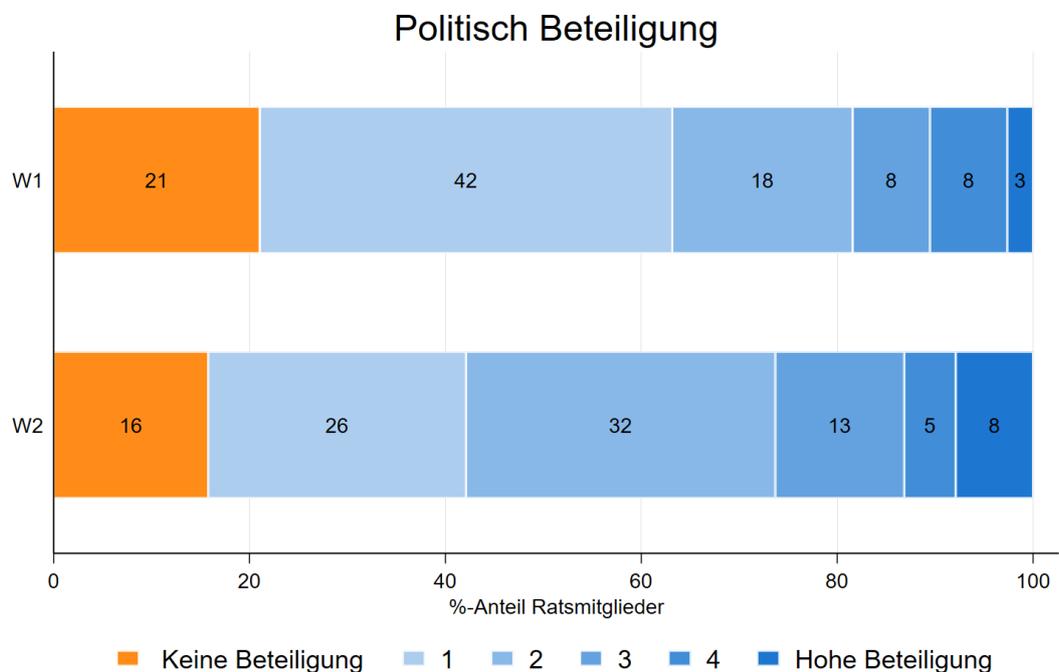
Wirksamkeit. Mehrere qualitative Interviews weisen explizit neue oder gestiegene Beteiligung aus (ID3, ID4, ID5, ID7, ID8).

Das beinhaltet Diskussionen im Kreis von Freund:innen oder Arbeitskolleg:innen, aber auch das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Mitarbeit in politischen Organisationen könnten sich einige Personen vorstellen (ID4), allerdings wird diese Motivation auch durch das vorherrschende Politikbild gebremst (ID1, ID7).

„Direkt mitzuarbeiten, ich weiß nicht, man hat das Gefühl, da ist so viel parteipolitisches Hickhack, an dem ich eigentlich nicht wirklich teilnehmen möchte.“ (ID7)

„Da wird auf einer so persönlichen Ebene gegeneinander gekämpft. Das stößt mich wirklich ab und dem möchte ich mich nicht aussetzen, ganz ehrlich. So ein dickes Fell hätte ich nicht, dass ich da dabei sein möchte. Wobei ich grundsätzlich, wenn es jetzt nur um die reine Arbeit im Gemeinderat ginge, würde ich das gut leisten können und das würde mich auch interessieren. Die Arbeit an sich würde mir gefallen, aber dieser Umgangston, der da mittlerweile herrscht, ist für mich ganz schrecklich. Darum kommt das für mich nicht in Frage.“ (ID1)

Abbildung 9: Politische Beteiligung (Aktivitäten)



Fragewortlaut: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man sich politisch beteiligen oder sich für ein Anliegen einsetzen kann. Haben Sie in den letzten sechs Monaten ...“ (n = 38).

Die Zunahme an politischer Aktivität zeigt sich auch bei Ausschluss besonders niedrigschwelliger Beteiligungsformen (Internetaktivität, Engagement im persönlichen Umfeld). Der stärkste Unterschied liegt im direkten Engagement in Vereinen, Parteien oder NGOs: Geben vor dem Start des Guten Rats lediglich 8% der Befragten an, sich in einer dieser Organisationen zu engagieren, steigt dieser Wert bis zum Ende des Guten Rats auf 32% an. Ein Anstieg um 24% (bzw. 9 Ratsmitglieder) ist substantiell relevant und selbst bei geringerer Samplegröße (n = 37) statistisch signifikant (t-Test, $p < 0,01$). Dieses Teilergebnis veranschaulicht das politische Aktivierungspotenzial durch die Teilnahme am Guten Rat.

Eine zentrale These der potenziellen Wirkung partizipativer Beteiligungsformen liegt in der politischen Sensibilisierung und Aktivierung von Menschen, die geringes politisches Interesse aufweisen und sich aufgrund tatsächlicher oder empfundener Ohnmacht von der Demokratie abgewendet haben.

Auch für diese Subgruppen liefern die Befragungsdaten einen optimistischen Befund. Personen, die in der ersten Welle ihre politische Wirksamkeit als sehr niedrig einschätzen, zeigen einen deutlichen Anstieg bei der Beteiligung: Von 12 Personen mit negativer Einschätzung ist bei Beginn des Guten Rats keine in einer Partei, einem Verein oder einer Bürger:inneninitiative engagiert. Am Ende sind vier Personen aus dieser Gruppe in einer Organisation aktiv (+33%, $p < 0,05$). Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich für Personen, die in der ersten Befragung (sehr) wenig an Politik interessiert sind: Hier steigt der Anteil engagierter Personen von 0% auf 41% bzw. 7 Personen (+41%, $p < 0,05$, n = 17). Auch Personen mit geringer Zufriedenheit mit dem Funktionieren der österreichischen Demokratie weisen eine substantielle Zunahme der Beteiligung von 9% auf 55% auf (+46%, $p < 0,1$, n = 12): Bei der ersten Befragung ist eine Person aktiv, nach Ende des Guten Rats sind es sechs.

Lässt sich eine ähnliche Entwicklung auch für die Teilnahme am repräsentativen politischen System ablesen? Um dies zu prüfen, wurden Fragen zur Absicht bzw. zur Teilnahme an der EU-Wahl sowie an der Nationalratswahl gestellt.¹⁰ Vergleicht man die Absichtserklärungen zur EU-Wahl vor dem

¹⁰ Fragewortlaute: Wahlabsicht: „Im Herbst/Juni 2024 sind Nationalratswahlen/Wahlen zum Europäischen Parlament: Werden Sie wählen? (Antwort: sicher; eher schon; eher nicht; sicher nicht; nicht wahlberechtigt)“

Wahlteilnahme: „Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni gab es viele Bürger:innen, die aus guten Gründen nicht an der Wahl teilnehmen konnten oder wollten. Wie war das bei Ihnen, welche der folgenden Aussagen trifft auf Sie zu?“ (Antwort: ich habe...nicht gewählt; ...in Erwägung gezogen...diesmal nicht; ...normalerweise schon...diesmal nicht; ...sicher gewählt; nicht wahlberechtigt).

Guten Rat mit dem berichteten Wahlverhalten, ergeben sich keine Veränderungen: Etwa 73% der wahlberechtigten Ratsmitglieder erklären in der ersten Welle, wählen gehen zu wollen, die Abfrage nach der Wahl ergibt eine Wahlbeteiligung von 76% (+1 Mitglied). Der Wert liegt deutlich über der tatsächlichen Wahlbeteiligung, was sich unter anderem durch das bekannte Phänomen der Überdeklaration in Umfragen aufgrund von sozialer Erwünschtheit erklären lässt (u. a. Selb & Munzert 2013).

Demgegenüber zeigt sich ein Anstieg von 9% bei der Absicht, an der Nationalratswahl teilzunehmen (W1: 75%, W2: 84%). Bei 32 Ratsmitgliedern, die sich in beiden Wellen deklariert haben, entspricht dieser Unterschied 3 Personen. In den qualitativen Interviews finden sich ebenfalls Belege von Mitgliedern, die berichten, dass sie wieder an Wahlen teilgenommen haben, oder von anderen Personen erzählen, die im Rahmen der Teilnahme (wieder) ihre Stimme abgegeben haben (ID1, ID3).

„Ich hätte mich früher nie getraut zu sagen, was meine Meinung ist oder, wenn es um die EU-Wahl geht, wer für mich in Frage kommt und warum und wer nicht. Das hätte ich früher gar nicht gesagt, wahrscheinlich wäre ich gar nicht hingegangen. Also bei der letzten EU-Wahl bin ich gar nicht hingegangen. Diesmal habe ich mir die Wahlkarte besorgt und habe sie schon abgeschickt.“ (ID3)

Tabelle 4: Wahlabsicht und -beteiligung

Welle	Repräsentation	(n)	Mittelwert	Veränderung
W1	Europawahl (Absicht)	33	73	+3%
W2	Europawahl (Teilnahme)	33	76	(n = 1)
W1	Nationalratswahl (Absicht)	32	75	+9%
W2	Nationalratswahl (Absicht)	32	84	(n = 3)

Die demokratische Repräsentation bildet einen weiteren Indikator der Demokratiequalität. Dieser Bericht fokussiert auf zwei grundlegende Formen repräsentativer Demokratie: a) die Frage, ob Bürger:innen eine politische Partei benennen können, die ihre Interessen vertritt, und b) die Akzeptanz repräsentativer Entscheidungen durch gewählte Parlamente im Vergleich zu direktdemokratischen und autokratischen Formen der Beschlussfassung.

Tabelle 5 zeigt zunächst, dass trotz der bisher offenbarten Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie ein recht hoher Anteil der Befragten eine Partei angibt, die ihre Interessen vertritt. Bereits vor dem ersten Ratswochenende sind zwei Drittel (64%) in der Lage, eine entsprechende Partei zu

nennen. Zum Ende des Guten Rats erhöht sich dieser Anteil auf 86% ($p < 0,1$). Einige Ratsmitglieder konnten somit im Verlauf ihrer Teilnahme eine politische Partei identifizieren, die ihre Interessen vertritt, was auf eine politische Aktivierung bzw. Sensibilisierung durch die thematischen Auseinandersetzungen im Bürger:innenrat schließen lässt.

Tabelle 5: Parteipolitische Repräsentation

Welle	Repräsentation	(n)	Mittelwert	Veränderung
W1	Partei, die Interessen vertritt	28	64	+22%
W2		28	86	(n = 6)

Frage: „Welche politische Partei vertritt Ihre politischen Anliegen derzeit am besten?“ Antwortoptionen beinhalteten u. a. „keine Partei“.

Um die Akzeptanz verschiedener Formen der Entscheidungsfindung zu prüfen, enthielten beide Wellen Fragen dazu, welche Instrumente für die demokratische Entscheidungsfindung genutzt werden sollten. Tabelle 6 beruht auf einer Zusammenfassung der Antworten, wobei die Prozentwerte den Anteil der Zustimmung (sehr dafür, dafür) für ein Beschlussinstrument je Welle ausdrücken.

Die Ergebnisse zeigen geringfügige Veränderungen und weisen eine hohe Akzeptanz für direktdemokratische Entscheidungsfindungen aus:

Bürger:innenräte und Volksabstimmungen waren bereits vor dem Start des Guten Rats sehr populär und konnten diese Zustimmung weiter vergrößern.

Demgegenüber lässt sich eine deutliche Skepsis gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie erkennen: Entscheidungen durch parlamentarische Abstimmungen unterstützen weniger als die Hälfte aller Ratsmitglieder, Regierungsbeschlüsse finden die Zustimmung von knapp einem Drittel.

Überraschend ist die hohe Akzeptanz von Beschlüssen durch Expert:innenkommissionen. Während derartige Gremien in Österreich nicht existieren und die demokratische Legitimation solcher Organe nicht präzisiert wurde, sind bereits in der ersten Befragungswelle fast doppelt so viele Personen (66%) für diese Entscheidungen wie für parlamentarische Abstimmungen (34%). Die Zustimmung steigt im Verlauf des Bürger:innenrats auf 86% und verdeutlicht, dass Ratsmitglieder den Expert:innen großes Vertrauen entgegenbringen. Hingegen stimmen auch zum Ende des Guten Rats weniger als

die Hälfte der Mitglieder zu, dass demokratische Entscheidungen durch parlamentarische Abstimmungen gefällt werden sollten (47%).

Tabelle 6: Zustimmung zu demokratischen Entscheidungen

Welle	Instrument	(n)	% dafür	Veränderung
W1	Volksabstimmung	37	70	+6%
W2		37	76	(n = 2)
W1	Bürger:innenrat	35	80	+11%
W2		35	91	(n = 4)
W1	Expert:innenkommission	35	66	+20%
W2		35	86	(n = 7)
W1	Abstimmung im Parlament	34	38	+9%
W2		34	47	(n = 3)
W1	Beschlüsse Regierung	34	29	+6%
W2		34	35	(n = 2)

Fragewortlaut: „Sind Sie für oder gegen den Einsatz folgender Verfahren, um demokratische Entscheidungen zu treffen?“

Die vertiefenden Interviews bestätigen den kritischen Befund zur repräsentativen Demokratie. Neben bereits an anderer Stelle angeführter Kritik (u.a. S. 31f) wird dabei vereinzelt geäußert, dass Österreich aufgrund fehlender Repräsentation und direkter Mitwirkungsmöglichkeiten „keine richtige Demokratie sei“ (ID3, ID6).

„Ich denke mir, die sind so abgehoben von dem, was ein normales Leben ist [...], dass es ein Überlebenskampf ist, dass man ein Dach über dem Kopf hat, dass man Kleidung hat [...] und dass man genug zu essen hat, die wissen das alle nicht mehr. Und dann sollen sie uns vertreten. Und wir haben nicht einmal mehr Einfluss auf sie. Ich weiß nicht, da läuft einfach was falsch, und da denke ich mir, das ist nicht Demokratie, was da momentan ist.“ (ID3)

„Ich muss ganz ehrlich sagen, das, was wir in Österreich haben und was man uns immer als Demokratie verkauft, das hat für mich mit Demokratie gar nichts zu tun [...]. Da sind die Schweizer, das ist natürlich eine ganz andere Art von Demokratie, die haben wirklich noch was zu sagen, wenn sie wollen. Aber wir haben ja nichts zu sagen.“ (ID6)

Dieser Befund wirkt schwerwiegend. Direkte Mitbestimmung ist allerdings kein zwingendes Merkmal von Demokratie. Im Unterschied zu demokratischer Repräsentation ist es auch kein Qualitätsmerkmal. Dennoch liefert das starke Unbehagen mit den Akteur:innen und dem Funktionieren der repräsentativen Demokratie einen nachdrücklichen Problembefund, der sich (in weniger drastischer Wortwahl) durch den Großteil der Interviews zieht. Interessanterweise kommen positive Aussagen zur Demokratie in Österreich aus der „vergleichenden Perspektive“ von Menschen, die über Erfahrungen mit tatsächlich undemokratischen Regimen verfügen:

„[I]ch habe mich hier in Österreich immer in Sicherheit gefühlt. Ich liebe Österreich sehr. Es ist ein schönes, kleines Land und wir leben wirklich in einem demokratischen Land. [...] [A]ber natürlich kann man alles noch besser machen. Aber wir leben in einer Demokratie, Gott sei Dank, und dafür bin ich sehr dankbar, dass ich da bin.“ (ID2)

Die vertiefenden Interviews bestätigen auch das große Vertrauen in direktdemokratische Prozesse, wobei die Schweiz auffallend oft als Vorbild genannt wird (ID1, ID3, ID6, ID7, ID8).

„[D]ie Schweizer machen es ziemlich gut vor mit der direkten Demokratie. Bei uns wird in der Hinsicht eigentlich immer alles abgedreht. Ja, es gibt Bürgerbefragungen und Volksbegehren, die man vielleicht einmal diskutieren muss im Nationalrat, aber das war es dann auch.“ (ID8)

Die positiven Erfahrungen aus der Teilnahme am Guten Rat schlagen sich auch in der generellen Einschätzung von Bürger:innenräten nieder. Gesprächspartner:innen verweisen dabei aus persönlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive auf politische Aktivierung, Wissenszuwachs, Depolarisierung und ein höheres Maß an Mitbestimmung und Repräsentation. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind besonders jene Kommentare interessant, die potenzielle Schwächen oder Risiken direkter Demokratie nennen.

So weisen einzelne Befragte (mit Verweis auf die Schweiz) darauf hin, dass mehr direkte Abstimmungsmöglichkeiten nicht automatisch zu einem Anstieg der Beteiligung führen müssen (ID6). Andere sehen die Gefahr, dass durch Hetze und Desinformation keine objektive Wissensvermittlung erfolgen könnte und Mehrheitsentscheide nicht immer im besten Interesse der Bevölkerung ausfallen müssen (ID7).

„Was ich gefährlich finde in der ganzen Politik, ist die Hetze, die momentan entstanden ist. Da denke ich mir, da machen sich manche Leute vielleicht zu

wenig Gedanken und glauben Sachen, die vielleicht nicht ganz so den Tatsachen entsprechen, und wenn ich heute sage, ich mache eine direkte Abstimmung für irgendein Thema und eine Seite bauscht das gigantisch auf, mit vielleicht nicht ganz richtigen Informationen, dann kann das bei der Abstimmung vielleicht auch nicht wirklich sinnvoll entschieden werden. Also ich sehe da eine Gefahr, ein Potenzial und eine Gefahr gleichzeitig [...], weil die Mehrheit muss nicht immer die beste Entscheidung bringen, sagen wir so.“ (ID7)

Hingegen finden sich kaum Einwände im Hinblick auf die private Organisation und Durchführung von Bürger:innenräten. Im konkreten Fall wird betont, dass die Auftraggeberin sich nicht in den Bürger:innenrat „eingemischt“ hat bzw. nur einen kurzen Auftritt hatte. Daneben wird durchgängig offene Bewunderung und Dankbarkeit geäußert und das Projekt als Vorbild gesehen, um (direkte) Demokratie anzustoßen oder Reiche zur Nachahmung zu motivieren.

„Bei der Marlene Engelhorn finde ich gut, dass sie eben keine Zuckerln gibt, sondern dass sie sagt, entscheidet ihr das bitte, ich möchte das zurückgeben und ihr entscheidet, wem. Das finde ich einfach sehr, sehr toll von ihr, dass sie das zurückgeben will und wie sie das zurückgibt und vor allem, dass sie uns nebenbei auch noch lehrt, auf unsere Demokratie aufzupassen. Dass wir wieder ein Gefühl kriegen für Politik und uns wieder engagieren wollen, und ganz abgesehen davon ist sie für mich als Mensch wunderbar.“ (ID3)

Die persönliche Erfahrung überdeckt dabei zumeist den Blick auf Privatinitiativen, die demokratiepolitisch bedenkliche oder fragwürdige Ziele und Inhalte verfolgen könnten. Allerdings verweist ein Ratsmitglied auf mögliche Probleme durch Einseitigkeit (ID6).

„Das Problem bei den privaten Initiativen ist einfach das gesunde Mittelmaß [...]. Privatinitiativen werden zum Teil sehr einseitig gedacht. Aber prinzipiell ist es auf jeden Fall ganz wichtig und gut, weil es einfach notwendig ist. Weil das ist noch der letzte Rest an Demokratie, den wir haben.“ (ID6)

3.3 Vermögensverteilung

Der Gute Rat beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Vermögensverteilung. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema, der Expert:innen-Input sowie Deliberationsprozesse haben in vergleichbaren Prozessen bzw. experimentellen Deliberationsstudien messbare Auswirkungen auf den themenbezogenen Wissensstand und Einstellungsveränderungen

hervorgebracht (Fishkin 2018; Suiter et al. 2016). Diese möglichen Effekte sind Teil des zweiten Analyseschwerpunkts.

3.3.1 Wissen über Vermögensverteilung

Die korrekte Messung der Einkommens- und Vermögensverteilung ist ein komplexes Thema und steht nicht zuletzt im Fokus wissenschaftlicher Auseinandersetzungen (u. a. Jensen & van Keersbergen 2017: Kapitel 4).

Während seriöse Erhebungen ein hohes Ausmaß an Vermögenskonzentration in Österreich attestieren, weichen unterschiedliche Messinstrumente und Schätzverfahren teils recht deutlich voneinander ab. So ist es nicht verwunderlich, dass Studien zeigen, dass Bürger:innen in der Regel über wenige bzw. falsche Informationen zur Verteilung von Einkommen und Vermögen verfügen und auch ihre eigene ökonomische Situation falsch beurteilen, wodurch die Einstellungen zur Vermögensverteilung oder Besteuerung verzerrt werden (Bublitz 2020; Gimpelson & Treismann 2018).

Ein weiterer Grund für Fehleinschätzungen liegt in der Datengrundlage vieler Studien zur Einkommens- und Vermögensverteilung. So sind etwa Personen mit sehr hohem Vermögen (insbesondere das reichste Prozent der Bevölkerung) in Befragungen statistisch sehr stark unterrepräsentiert, wodurch die errechnete Vermögensverteilung den Anteil der reichsten Einkommensgruppen tendenziell unterschätzt. Statistische Verfahren zur Korrektur dieses Schätzfehlers errechnen ein deutlich höheres Ausmaß an Vermögenskonzentration (Kennickel et al. 2022; Ferschli et al. 2017).

Auf Basis aktueller Berechnungen unter Berücksichtigung von Sampling-Fehlern wird davon ausgegangen, dass das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung zwischen 40% und 50% des Gesamtvermögens auf sich vereint (Kennickel et al. 2021). Insgesamt ist eine korrekte Einschätzung der Vermögensverteilung schwierig und Lerneffekte durch die Teilnahme am Guten Rat sind erwartbar.

Zur Beurteilung des Wissensstandes wurden alle Ratsmitglieder gebeten, den Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen zu schätzen. Als Antwortkategorien wurden 10-Prozentschritte vorgegeben, die eine grobe Einschätzung der Wissensgrundlage ermöglichen.

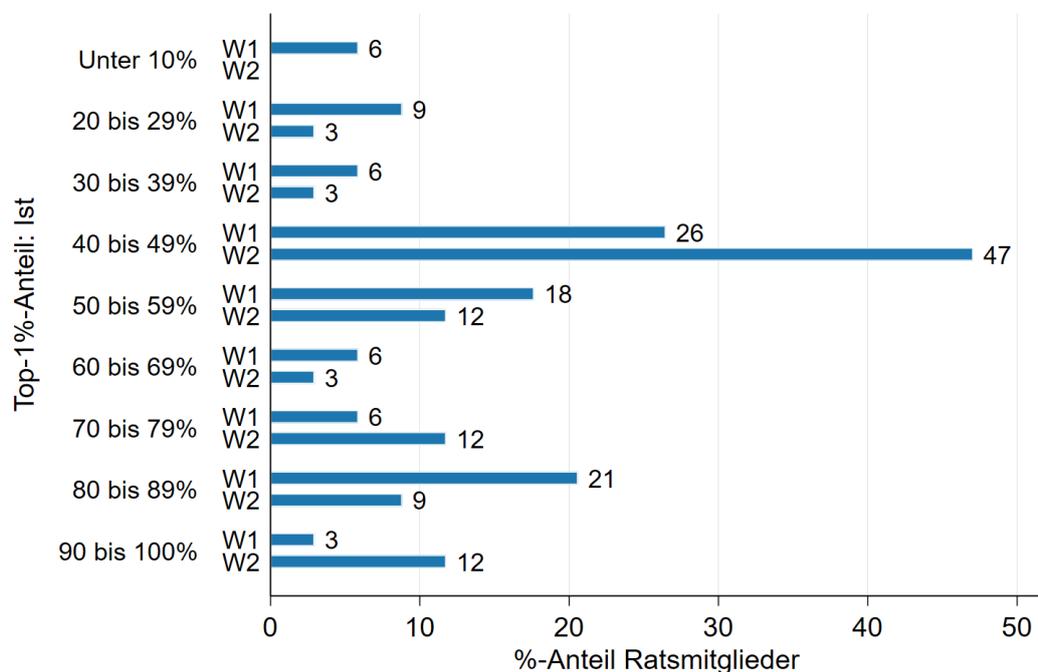
Die Ergebnisse in Abbildung 10 verdeutlichen einen Zuwachs bei der Präzision der Einschätzung – so verdoppelt sich beinahe der Anteil der Ratsmitglieder, die den Vermögensanteil des reichsten Prozents auf 40-49%

schätzen (von 26% auf 47% bzw. 9 auf 16 Mitglieder). Vergleicht man die Anteile dieser Gruppe in den beiden Wellen, so ergibt sich ein statistisch signifikanter Unterschied ($p < 0,1$). Da der Vermögensanteil des reichsten Prozents im Guten Rat prominent diskutiert wurde, ist ein Wissenszuwachs wenig überraschend.

Einzelne Befragte schildern, dass sie sich – abgesehen von der Auseinandersetzung im Guten Rat – bereits im Vorfeld des ersten Treffens aufgrund der erhaltenen Einladung stärker mit der Thematik, der Person Marlene Engelhorn und dem Anliegen des Guten Rats beschäftigt haben (ID1, ID4). Insofern deuten die Interviews darauf hin, dass ein Zuwachs an Wissen zur Vermögensverteilung in Österreich zum Teil auch bereits im Vorfeld des Guten Rats erfolgt ist.

„Als Erstes habe ich die Marlene Engelhorn gegoogelt und was sie so macht, wofür sie sich einsetzt. Dann bin ich immer mehr, immer weiter ins Thema reingerutscht und habe schon im Vorhinein ein paar Informationen ausgearbeitet, dass Vermögen in Österreich ganz ungleich verteilt ist und dass auf jeden Fall was zu tun ist (...).“ (ID4)

Abbildung 10: Einschätzung Vermögensanteil Top 1%

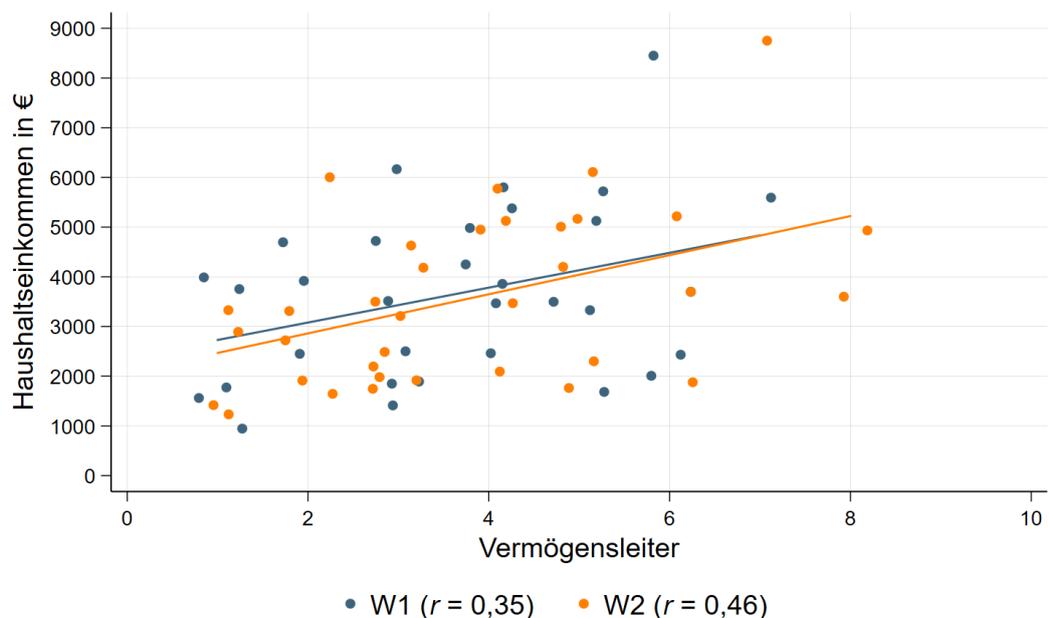


Fragewortlaut: „Was schätzen Sie: Wie viel Vermögen hat das reichste Prozent der Haushalte in Österreich?“ (n = 34).

Ein weiterer Anhaltspunkt für das Verständnis der Vermögensverteilung liegt in der Selbsteinstufung im Rahmen einer vorgegeben, abstrakten Vermögensleiter (Adler et al. 2000). Ratsmitglieder wurden in beiden Befragungswellen gebeten, ihre Position auf einer 11-stufigen Leiter einzuschätzen, wobei das untere Ende der Leiter die geringsten Vermögenswerte widerspiegelt und die höchste Stufe die größten Vermögen umfasst.

Abbildung 11 zeigt, auf welcher Position der Vermögensleiter sich Ratsmitglieder mit vergleichbarem Einkommen vor und nach der Teilnahme am Bürger:innenrat verortet haben. Wenngleich Einkommen und Vermögen in keinem perfekten Zusammenhang stehen, zeigen empirische Untersuchungen, dass sie in Österreich deutlich korrelieren (Skopek et al. 2012).

Abbildung 11: Einkommen und Vermögen



Anmerkung: Punkte geben das Haushaltseinkommen und die Position auf der Vermögensleiter wieder. Linien zeigen den geschätzten Zusammenhang auf Basis einer linearen Regression.

Fragewortlaut: Vermögensleiter: „Denken Sie nun an Ihr Vermögen. Stellen Sie sich eine Leiter vor, die anzeigt, wo Menschen in Österreich stehen. Auf der untersten Stufe stehen die Menschen mit dem geringsten Vermögen, auf der obersten Stufe stehen die Menschen mit dem höchsten Vermögen. Auf welcher Stufe sehen Sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt?“
Haushaltseinkommen (netto): gewichtet nach Haushaltsgröße¹¹ (n = 37).

¹¹ In Übereinstimmung mit der Berechnung für den Bevölkerungswert durch die Statistik Austria wird dabei pro Haushalt ein Grundbedarf angenommen (Gewicht von 1 für die erste Person), für jede weitere erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und pro Kind unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3: Quelle: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/haushaltseinkommen> [30.09.2024]

Daher sollten sich Wissenszuwächse in einer höheren Übereinstimmung zwischen Einkommens- und Vermögenssituation widerspiegeln. Veränderte Positionierungen von etwa 70% der Ratsmitglieder legen nahe, dass die intensive Auseinandersetzung mit der Vermögenssituation in Österreich zu Anpassungen geführt hat.

Die Punktwolke in Abbildung 11 zeigt die Stufe der Vermögensleiter auf der x-Achse und das Haushaltseinkommen auf der y-Achse. Blaue Punkte stehen für Werte der ersten Welle, orange Punkte zeigen die zweite Welle. Die Linien geben den (geschätzten) Zusammenhang zwischen beiden Werten getrennt für beide Erhebungswellen wieder.

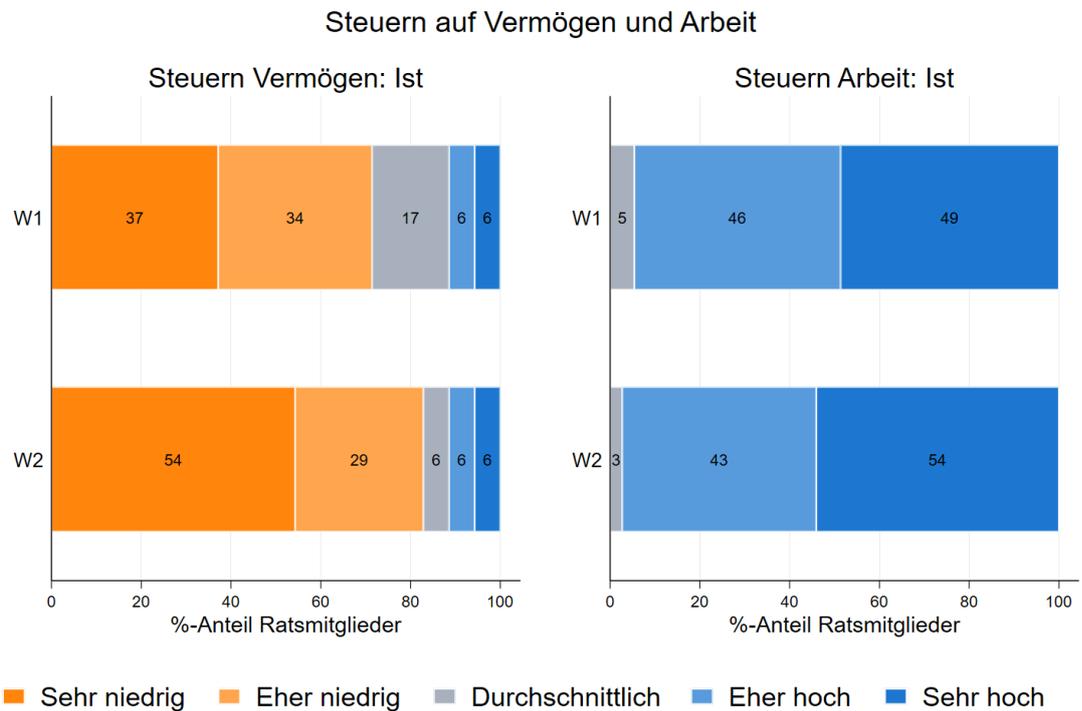
Die Neigungswinkel der Geraden veranschaulichen, dass der Zusammenhang zwischen beiden Variablen geringfügig stärker geworden ist: Die gestiegene Korrelation (Pearson's $r = 0,35$ vor, $r = 0,46$ nach der Teilnahme am Guten Rat) kann als schwacher Lerneffekt interpretiert werden. Bei Betrachtung der Ergebnisse nach Bildungsabschlüssen zeigt sich, dass Wissenszuwächse hauptsächlich Personen ohne Matura betreffen (W1: $r = 0,18$, W2: $r = 0,32$).

Auch die Einordnung der Besteuerung von Vermögen und Arbeit kann ein Hinweis auf das Verständnis von Ungleichheit sein. Abbildung 12 verdeutlicht, dass bereits zum Start des Guten Rats eine Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass Vermögen (sehr) niedrig besteuert wird (71%), während die Steuerlast auf Arbeit hoch ist (95%).

Im Zuge der Teilnahme am Guten Rat verstärkt sich diese Einschätzung und führt in Hinblick auf vermögensbezogene Steuern zu recht deutlichen Veränderungen: Dies betrifft Mitglieder, die vermögensbezogene Steuern als „sehr niedrig“ bezeichnen und deren Anteil von 37% auf 54% bzw. von 13 auf 19 Personen steigt.

Da vermögensbezogene Steuern in Österreich mit 0,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im internationalen Vergleich ein Drittel des OECD-Durchschnitts betragen (1,9% des BIP; OECD 2023), steht diese Anpassung der Einschätzungen im Einklang mit den empirischen Fakten. Veränderungen hinsichtlich der Besteuerung von Arbeit fallen moderat aus, wobei hier bereits in der ersten Befragungswelle ein deutliches und den Fakten entsprechendes Meinungsbild vorliegt: Mit durchschnittlich 47,2% hat Österreich derzeit die dritthöchsten Steuern auf Arbeit im OECD-Vergleich (OECD 2024).

Abbildung 12: Steuern auf Vermögen und Arbeit in Österreich



Fragewortlaut: „Was denken Sie, wie besteuert der österreichische Staat Vermögen bzw. Arbeit im internationalen Vergleich?“ (Vermögen: n = 35; Arbeit: n = 37).

Die Ergebnisse der qualitativen Interviews stützen den Befund eines Wissenszuwachses in Bezug auf die Vermögensverteilung in Österreich durch die Teilnahme am Guten Rat. Mehrfach wird dabei auf die Vorträge der ersten beiden Ratstreffen und dabei insbesondere auf ein Beispiel hingewiesen, das mit Hilfe von Klopapierrollen das Ausmaß der Ungleichheit der Vermögensverteilung eindrücklich demonstriert hat:

„Da fällt mir die wunderbare Darstellung mit dem Klopapier ein. Wir haben anhand eines Diagrammes gesehen [...], dass ein großer Teil der Menschen ganz wenig Geld hat, vom Vermögen her, null oder minus bis 20.000 Euro. Und das haben sie dargestellt mit einem Klopapierstück, davon ein Zentimeter. Das waren so und so viel Prozent der Bevölkerung, und so und so viel Prozent unserer Gruppe haben sich dann zusammengestellt, mit diesem einen Zentimeter Klopapier-Streifen. Dann war die nächste Gruppe, wieder analog zur Prozentzahl in der Bevölkerung, die haben dann, glaube ich, 15 Zentimeter von dem Klopapier gekriegt, das waren dann glaube ich etwa 300.000 Euro. Die nächste Gruppe hatte 800.000 Euro, das waren ziemlich wenige, die haben, das weiß ich nur mehr ungefähr, ca. ein ganzes Klopapier gehabt. Und dann kamen eben die Milliardäre, das war wirklich sehr eindrucksvoll, ich glaube, es waren drei große Reisetaschen voll mit Klopapierrollen. Und das haben sie dann präsentiert, aufgestellt und im

Raum ganz ausgerollt. Es war sehr eindrucksvoll, ein wie unglaublicher Reichtum auch da ist in Österreich und wie viele Menschen, das war mir vorher nicht bewusst, eigentlich zu wenig haben. Diese Ungleichheit war mir so nicht bewusst, das war schon sehr eindrucksvoll und sehr erstaunlich. Für viele von uns. Wir haben eigentlich alle gesagt, puh, das haben wir nicht erwartet.“ (ID5)

Ein Teil der Befragten nennt v. a. genaue Daten und Fakten über das konkrete Ausmaß als Wissenszugewinn (ID5, ID7, ID8). Ein anderer Teil (ID1, ID2, ID3, ID6, ID9, ID10) beschreibt hingegen eine gänzlich neue Beschäftigung mit der Thematik bzw. eine große Überraschung über das Ausmaß der Ungleichheit, wie der folgende Interviewauszug illustriert:

„Bevor ich am Guten Rat teilnehmen konnte, habe ich nicht gewusst, dass die Verteilung in Österreich so ungerecht und so unterschiedlich ist. Ich dachte mir, dass die Menschen, die mehr Reichtum haben, auch mehr Steuern zahlen. Hier habe ich gelernt, dass die, die mehr haben, weniger Steuern zahlen. Normale Menschen mit einem normalen Gehalt zahlen mehr Steuern als die reicheren Menschen. Das finde ich sehr, sehr ungerecht, weil die haben schon sehr, sehr viel.“ (ID10)

In Summe zeigen sich teils deutliche, punktuelle Wissenszuwächse hinsichtlich der Vermögensverteilung und der Besteuerung von Vermögen und Arbeit. Die Selbsteinschätzung der Vermögensverteilung hat sich im Rahmen der Teilnahme am Guten Rat geringfügig verändert, wobei vor allem Personen mit niedrigerer formaler Bildung ihre Einschätzung verbesserten. Die teils deutlichen Fehleinschätzungen in Bezug auf die Vermögenskonzentration (s. Abbildung 10) nach dem Ende des Guten Rats sind überraschend und auch nicht durch soziodemografische Unterschiede (z. B. Bildung) erklärbar.

Eine mögliche Ursache könnte darin liegen, dass es einzelnen Befragten schwerfällt, sich über reine Zahlen ein klares Bild von tatsächlichen Verhältnissen zu machen. So äußert z. B. eine Befragte, dass die Illustration des Ausmaßes der Ungleichheit durch Klopapierrollen für sie wie eine „Watschen“ gewesen sei (ID2). Zwar habe sie vorab bereits die Zahlen präsentiert bekommen, habe sich dadurch aber kein Bild des tatsächlichen Ausmaßes machen können. Da in der Befragung Zahlen abgefragt wurden, könnten diesbezügliche Fehleinschätzungen auch ein „Übersetzungsfehler“ sein.

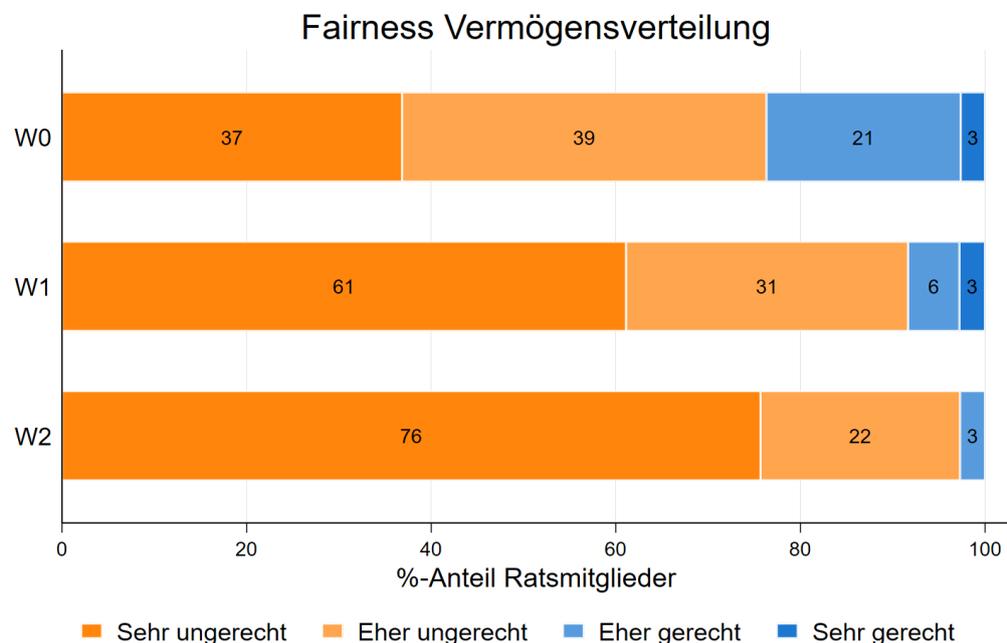
3.3.2 Einstellungen zur Vermögensverteilung

Ein Selektionskriterium für die Teilnahme am Guten Rat lag in der grundlegenden Beurteilung der Vermögensverteilung in Österreich. Damit wurde sichergestellt, dass die (Verteilung der) Meinungen im Guten Rat mit der österreichischen Bevölkerung übereinstimmt. Die Dokumentation des Auswahlprozesses zeigt, dass die Mitglieder bei der Registrierung das bevölkerungsweite Meinungsbild weitestgehend abbilden (Haselmayer 2024a; 2024b).

Da die allgemeine Frage zur Einschätzung der Vermögensverteilung bei der Registrierung und den Befragungen zu Beginn sowie nach Abschluss des Guten Rats gestellt wurde, kann diese Entwicklung über alle drei Wellen verglichen werden.

Abbildung 13 zeigt die Verteilung der Antworten auf der vierstufigen Antwortskala und liefert einen deutlichen Befund: Die Einschätzung der Vermögensverteilung verändert sich stark, wobei ein Großteil bereits vor dem ersten Ratswochenende erfolgt.

Abbildung 13: Allgemeine Einschätzung der Vermögensverteilung



Fragewortlaut: „Was denken Sie: Wie ist Vermögen in Österreich aktuell verteilt? Vermögen umfasst zum Beispiel Immobilien, Bargeld, Spareinlagen, Aktien und Wertpapiere, Schmuck, Sammlungen etc.“ (n = 36)

Zum Zeitpunkt der Registrierung (Jänner 2024) sind drei von vier Befragten der Ansicht, die Vermögensverteilung sei ungerecht. Bereits im März steigt dieser Anteil auf über 90%. Zum Abschluss des Guten Rats sehen nahezu alle Teilnehmer:innen die Verteilung von Vermögen als ungerecht an (97%). Die Veränderungen von der Registrierung (W0) zu Welle 1 (+16%) und Welle 2 (+21%) sind jeweils statistisch signifikant (t-Test: W0-W1: $p < 0,1$; W0-W2: $p < 0,01$).

Abbildung 13 dokumentiert zudem, dass sich auch die Qualität der Einschätzung der Ungerechtigkeit verändert. Während bei der Registrierung 39% der Ratsmitglieder der Meinung sind, die Verteilung sei „sehr ungerecht“, verdoppelt sich dieser Anteil im Zuge der Teilnahme auf 75%: Zum Ende des Bürger:innenrats sind drei von vier Mitgliedern der Meinung, dass Vermögen in Österreich sehr ungerecht verteilt ist.

Während Forschungsergebnisse Einstellungsveränderungen durch die Auseinandersetzung mit Evidenz zu Vermögensverteilung und Ungleichheit nahelegen (McCall et al. 2017; Kuziemko et al. 2015), ist der deutliche Meinungsumschwung schon vor Beginn des Guten Rats überraschend.

Mögliche Erklärungen dafür könnten in der umfassenden Medienpräsenz und Debatte des Themas rund um den Guten Rat, in sozialer Erwünschtheit (durch Antizipation vermutete Präferenzen des Guten Rats bzw. seiner Mitglieder) oder einer bewussten Verschleierung der eigenen Einstellungen zur Steigerung der eigenen Teilnahmemöglichkeiten liegen.

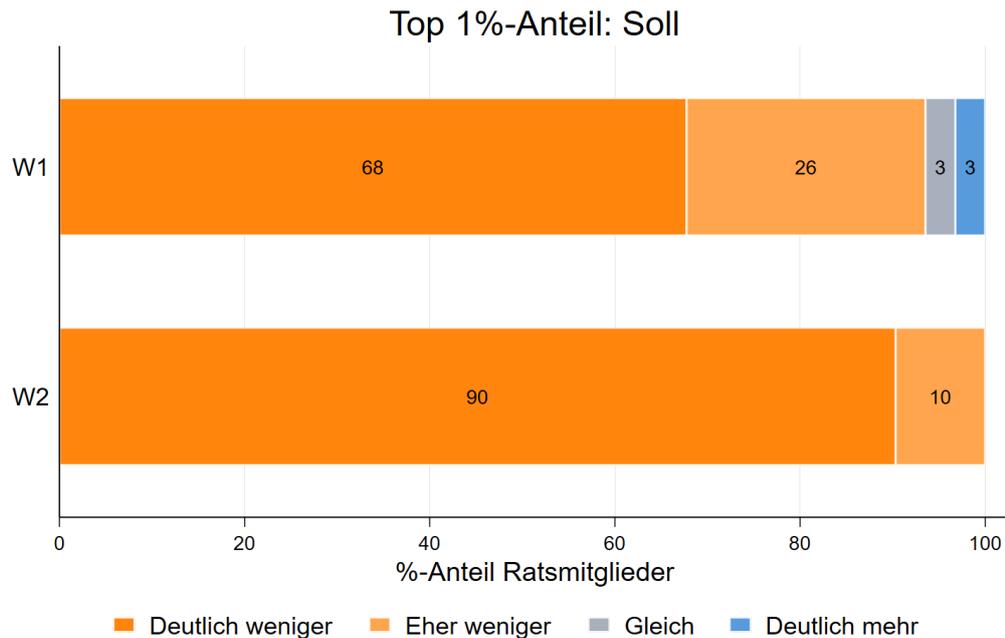
Während strategische Falschangaben zur Beeinflussung der eigenen Selektionschancen in akademischen Diskussionen an Relevanz gewinnen (Baharav & Flanigan 2024), sind die Voraussetzungen dafür jedoch recht hoch: So müssten Registrierte die Selektionskriterien und -mechanismen sowie die Präferenzen zu Vermögensverteilung kennen und sie müssten antizipieren, welche Angaben ihre Chancen erhöhen könnten.

Aufgrund dieser Hürden und der sehr hohen Anzahl an Registrierten sind Effekte strategischer Falschangaben kaum realistisch. Obgleich soziale Erwünschtheit das Antwortverhalten in Welle 1 mitbeeinflusst haben könnte, verdeutlichen die veränderten Einschätzungen im Verlauf des Guten Rats, dass sich auch die evidenzbasierte Auseinandersetzung mit Fragen der (Vermögens-)Verteilung auf deren Wahrnehmung auswirkte (McCall 2017; Kuziemko et al. 2015).

Dieser Befund wird durch weitere Ergebnisse gestützt. Im Anschluss an die Wissensfrage zum Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen wurde gefragt, ob diese Gruppe mehr oder weniger Anteil haben sollte. Abbildung

14 verdeutlicht, dass sich im Verlauf der Teilnahme alle Mitglieder für eine Reduktion des Vermögensanteils des reichsten Prozents aussprechen. Vergleicht man beide Wellen, steigt der Anteil jener, die eine „deutliche“ Reduktion wünschen, von 68% auf 90% an (+22% bzw. 7 Mitglieder, $p < 0,05$).

Abbildung 14: Einschätzung Anteil Top 1% (Soll)



Fragewortlaut: „Und wie viel SOLLTE das reichste Prozent der Haushalte am österreichischen Gesamtvermögen besitzen?“ (n = 31)

3.3.3 Vermögensbezogene Steuern

Neben allgemeinen Einschätzungen zur Vermögensverteilung wurden Fragen zur Besteuerung von Arbeit und Vermögen sowie zu steuerpolitischen Vorschlägen gestellt. Dabei wurden die Zustimmung zur Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern und Freibeträgen¹² sowie Vorschläge für die Besteuerung von Arbeit und Vermögen abgefragt. Letztere wurden im

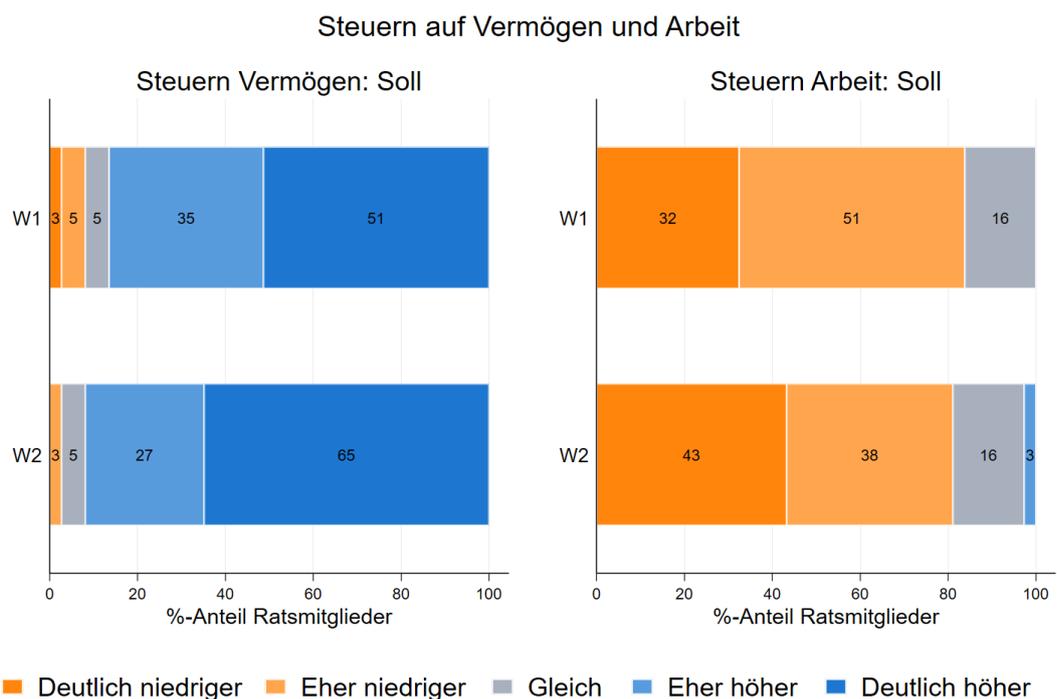
¹² Als eines von wenigen OECD-Mitgliedern hebt der österreichische Staat derzeit keine Steuern auf Erbschaften ein. Vermögensbezogene Steuern betragen hierzulande mit 0,6% des BIP ein Drittel des OECD-Durchschnitts (1,9% des BIP; OECD 2023). Der Anteil vermögensbezogener Steuern in Österreich hat sich zudem in den vergangenen drei Jahrzehnten (1,1% des BIP 1993) beinahe halbiert (vgl. OECD 2023).

Anschluss an Fragen zur Einschätzung der bestehenden Steuersituation gestellt (s. Abbildung 12).

Während Forschungsergebnisse nahelegen, dass Informationen sich auf die Einschätzung von Ungleichheit auswirken, sind die Auswirkungen auf konkrete steuerpolitische oder wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen nicht eindeutig (u. a. Stantcheva 2021; Kuziemko et al. 2015).

Abbildung 15 zeigt, dass sich die Teilnahme am Guten Rat auf die Präferenzen zur Verteilung der Steuerlast auswirkt. Insgesamt wünschen sich am Ende des Guten Rats 89% der Mitglieder höhere Steuern auf Vermögen (+10%). Der Anteil an Ratsmitgliedern, die deutlich höhere Vermögenssteuern bevorzugen, steigt um 13% an (W1: 50%, W2: 63%). Im Gegenzug geben in der zweiten Welle mehr Ratsmitglieder an, dass Steuern auf Arbeit deutlich niedriger sein sollten (+10%, Anstieg von 32% auf 42%).

Abbildung 15: Steuerlast auf Vermögen und Arbeit in Österreich: Soll



Fragewortlaut: „Was denken Sie, wie SOLLTE der österreichische Staat ihrer Meinung nach Vermögen bzw. Arbeit besteuern? Bedenken Sie, dass niedrigere Steuern auch Kürzungen staatlicher Leistungen bedeuten können.“ (n = 39)

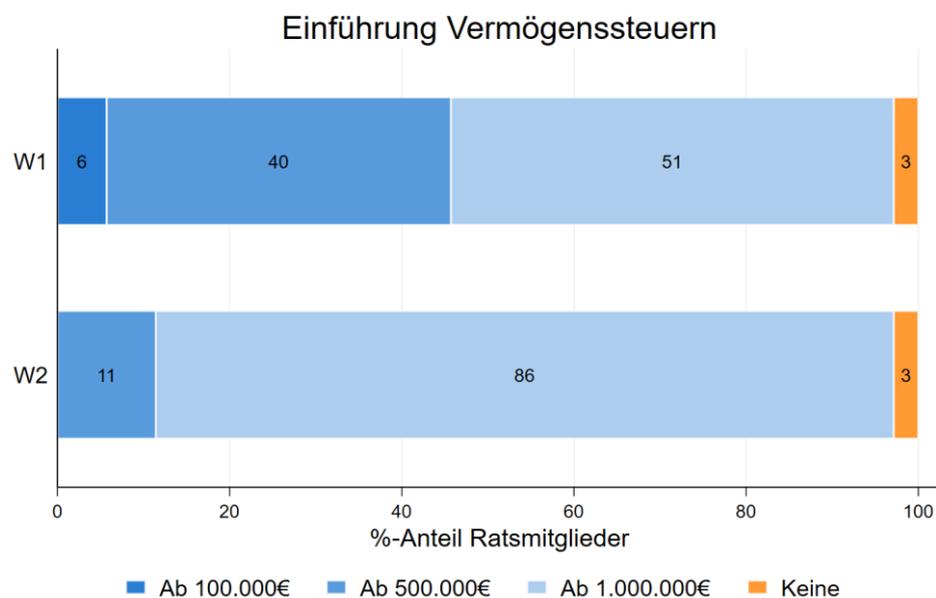
In Bezug auf die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften zeigen Abbildung 16 und Abbildung 17 bereits zu Beginn des Guten Rats deutlich

ausgeprägte Präferenzen für die Einführung vermögensbezogener Steuern. So sprechen sich 97% der Ratsmitglieder für Vermögenssteuern aus, während 88% Erbschaftssteuern befürworten. Veränderungen zwischen den Wellen sind marginal.

Interessant sind jedoch Verschiebungen hinsichtlich der bevorzugten Schwellenwerte möglicher Steuern: In beiden Fällen liegt eine statistisch signifikante Zunahme bei der Steuergrenze von 1 Million Euro vor. Bei Vermögenssteuern steigt der Anteil von 51% auf 86% (+35%, $p < 0,01$), bei Erbschaftssteuern wächst die Zustimmung von 50% auf 74% (+23%, $p < 0,05$).

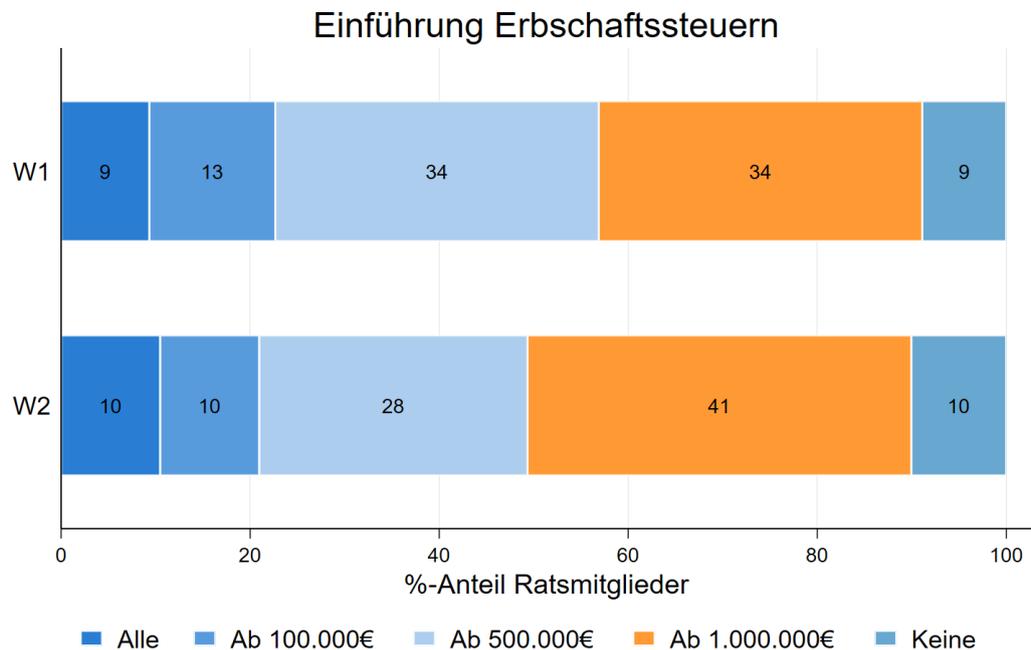
Die deutliche Herausstellung einer Freigrenze scheint auf Informationen und Diskussionen im Guten Rat hinzudeuten. Umso mehr, als die Mitglieder ihre Präferenzen sowohl nach oben als auch nach unten anpassen. Weder die qualitativen Interviews noch Rückfragen beim Organisationsteam und den beteiligten Expert:innen liefern dazu jedoch Anhaltspunkte. Die Millionengrenze scheint sich informell oder individuell durchgesetzt zu haben.

Abbildung 16: Einführung Vermögenssteuern



Fragewortlaut: „In der Politik werden unterschiedliche Ideen zum Thema Vermögenssteuern diskutiert. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – welchen würden Sie für gut halten? Antwortoptionen: alle, Freibeträge 50.000€, 100.000€, 500.000€, 1 Million €, keine“ (n = 35).

Abbildung 17: Einführung Erbschaftssteuern



Fragewortlaut: „Und wie stehen Sie zu einer Erbschaftssteuer? Welchen Vorschlag würden Sie für gut halten? Antwortoptionen: alle, Freibeträge 50.000 €, 100.000 €, 500.000 €, 1 Million €, keine“ (n = 34).

Im Rahmen der qualitativen Interviews lehnt keine Person die Einführung einer Erbschafts- oder Vermögenssteuer explizit ab. Mehrfach äußern Befragte, dass sie sich erst durch den Guten Rat verstärkt mit diesem Thema beschäftigt haben bzw. zuvor nicht wussten, dass es in Österreich keine Erbschaftssteuer und nur sehr geringe Vermögenssteuern gibt (ID1, ID2, ID3, ID9). Aber auch eine diametrale Veränderung der eigenen Ansichten wird vereinzelt geäußert, wie der folgende Interviewauszug illustriert:

„Ja. Also diese Vermögenssteuer, die habe ich früher nur so nebenbei mitgekriegt und ich habe mir gedacht, in Gottes Namen, wenn ich jetzt zum Beispiel 100.000 Euro erben würde, und ich müsste davon so viel abgeben, dass fast nichts übrig bleibt. Da habe ich mir gedacht, na Gott sei Dank ist diese Vermögenssteuer oder diese Erbschaftssteuer, gut, dass das alles abgeschafft worden ist. Dann habe ich aber [im Guten Rat] gehört, dass das etwas ganz anderes ist, dass die Besteuerung erst ab einem gewissen Vermögen anfängt. Das trifft den Großteil der Bevölkerung überhaupt nicht oder nur minimal. Und jetzt haben aber gerade die Kleinen, die eigentlich eh so gut wie nichts haben, so große Angst um das bisschen Geld, das sie sich zusammengespart haben, und mit dieser falschen Darstellung, als ob das für alle ganz fürchterlich wäre, sind natürlich alle glücklich, dass das abgeschafft worden ist. Ich habe auch nicht gewusst, wie das mit dem Vermögen bei den ganz Reichen funktioniert, dass sie einfach Aktien kaufen und das arbeitet für

sie, ohne, dass sie selbst etwas tun müssen, wächst das Vermögen in einem Tempo, in dem ein normaler Mensch oder ein armer Mensch nie mithalten könnte. Ich habe zum Beispiel 40 Stunden gearbeitet pro Woche [...] und im Guten Rat haben sie uns dann erklärt und vorgerechnet, selbst wenn man den gesamten Lohn sparen würde und nichts essen und nicht wohnen müsste und nicht heizen und keine Kleidung bräuchte, selbst dann würde ich es nicht schaffen, irgendwann einmal weiter rauf zu kommen. Und wenn dann die Bevölkerung sagt, OK, machen wir ein bisschen einen Ausgleich, damit der Unterschied nicht ganz so extrem ist, dann finde ich das völlig in Ordnung. Weil ja auch der Großteil der Steuern von der berufstätigen, von der normalen Bevölkerung gezahlt wird.“ (ID3)

Insbesondere vor dem Hintergrund des Kontrasts der als sehr hoch wahrgenommenen Besteuerung auf Einkommen aus Arbeit zum geringen Beitrag, den Hochvermögende zum Steueraufkommen in Österreich leisten, wird die Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer von vielen Befragten als ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit beschrieben (ID1, ID2, ID3, ID4, ID5, ID7, ID9). Dabei wird – wie auch in dem obigen Zitat – mehrfach auf die Einführung erst ab einem bestimmten Schwellenwert hingewiesen. Die Aussagen dazu sind zwar unterschiedlich und nur einzelne Befragte machen konkrete Angaben, weitgehende Einigkeit besteht jedoch, dass eine Freigrenze die Mehrheit der Bevölkerung ausnehmen sollte und nur sehr große Vermögenswerte wie Zinshäuser o. Ä. zu besteuern seien (ID1, ID3, ID5, ID7).

Allerdings herrscht teils Unsicherheit über die konkrete Ausgestaltung einer Vermögens- und/oder Erbschaftssteuer. Von einzelnen Befragten werden hier explizit Fragen aufgeworfen, wie z. B. mit Immobilien oder Unternehmen (im Vergleich zu Finanzvermögen) umzugehen sei oder wie eine angemessene Besteuerung internationaler Konzerne erfolgen könnte (ID5, ID8).

Ein zentrales Motiv, das im Rahmen der Interviews mehrfach geäußert wurde, ist die – oben bereits genannte – unterschiedliche Besteuerung von Arbeit und Vermögen, die von mehreren Befragten als ungerecht angesehen wird (ID1, ID2, ID3, ID4, ID5, ID7, ID9). Durch eine höhere Besteuerung von Vermögen oder auch die Einführung einer Erbschaftssteuer könnte in den Augen der Befragten eine Senkung der Steuern auf Arbeit – insbesondere bei geringen Einkommen – oder auch eine verstärkte Unterstützung von armen/armutsgefährdeten Menschen erfolgen. Die Ungerechtigkeit des aktuellen Steuersystems wird auch damit begründet, dass der Vermögenszuwachs von Hochvermögenden ohne eigene Arbeit erfolgt und zudem in einem Ausmaß, das durch eigene Arbeit gar nicht erreicht werden kann (s. o. Zitat ID3).

Interessant ist, dass trotz der wahrgenommenen Ungerechtigkeit kein:e Befragte:r eine grundlegende Veränderung der Vermögensverteilung fordert. Die Ratsmitglieder streben zwar einen Ausgleich des aktuellen Beitrags zum Gemeinwohl an, Vermögenszuwächse ohne eigene Arbeit werden jedoch weiterhin (in geringerem Umfang als bisher) ermöglicht. Die weitgehende Einigkeit in den Interviews deutet darauf hin, dass sich darin die Auseinandersetzung mit der Thematik im Rahmen des Guten Rats widerspiegelt.

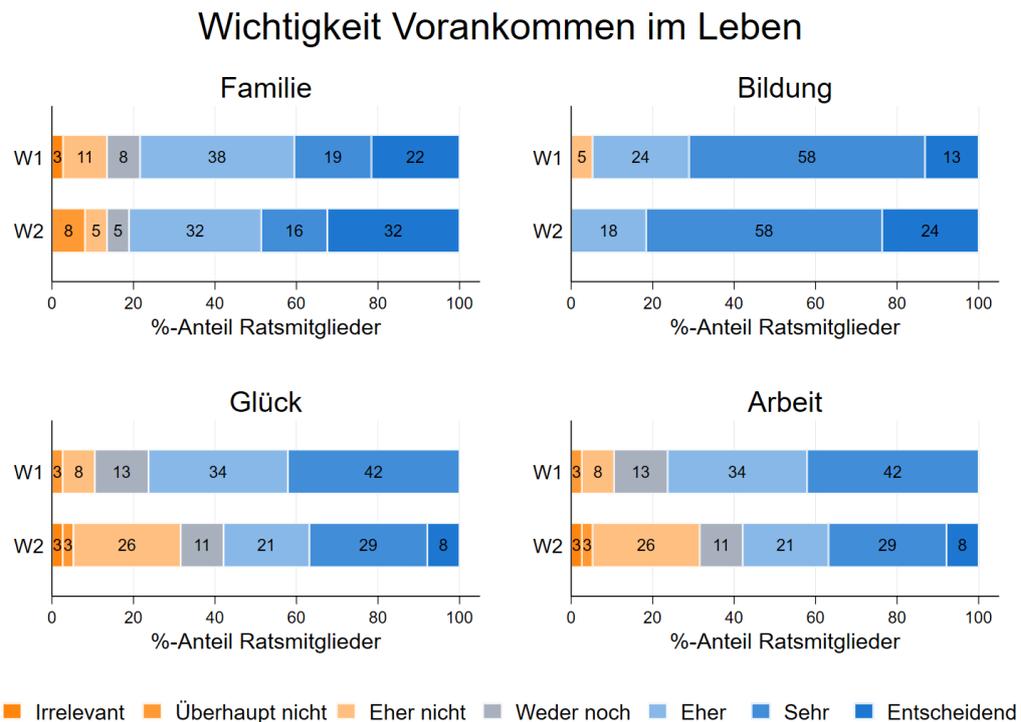
3.3.4 Heuristiken der Vermögensverteilung

Menschen verwenden unterschiedliche Erklärungsmuster, um (persönlichen) ökonomischen Erfolg und die dafür verantwortlichen Merkmale oder Eigenschaften zu erklären. Dabei unterscheidet die Forschung zwischen „dispositionellen“ und „situationellen“ Faktoren (Skitka et al. 2002). Dispositionelle Erklärungen betonen individuelle Merkmale wie Fleiß und besondere Fähigkeiten. Situationelle Erklärungen heben die Rolle kontextueller Umstände wie familiärer Hintergrund oder Glück hervor.

Diese Erklärungsmuster sind normativ aufgeladen: Ungleichheit wird eher als „gerecht“ bzw. Reichtum als „verdient“ wahrgenommen, wenn dispositionelle bzw. meritokratische Faktoren dominieren. Meritokratische Einstellungen können somit zur Verfestigung von Ungleichheit beitragen (Mijs 2021). Der Fragebogen beinhaltet vier entsprechende Items, die erheben, wie wichtig dispositionelle (Bildung, harte Arbeit) und situationelle (Familie, Glück) Faktoren für das Vorankommen im Leben sind.

Abbildung 18 offenbart interessante und teils widersprüchliche Einblicke in die Heuristiken der Ratsmitglieder. Während etwa die Beurteilung der Wichtigkeit von Bildung zwischen den Wellen im Mittel deutlich und statistisch signifikant zunimmt (MW: 1,7-2,1, $p < 0,1$), sehen die Ratsmitglieder die Bedeutung von harter Arbeit am Ende des Guten Rats als weniger wichtig an (MW: 1,1-0,6). Demgegenüber gewinnen beide situationellen Elemente für die Teilnehmenden im Verlauf leicht an Einfluss (Familie: 1,2-1,4; Glück: 1,0-1,1).

Abbildung 18: Dispositionelle Faktoren für das Vorankommen im Leben



Fragewortlaut: „Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Dinge, um im Leben voranzukommen?“ (n = 38: Bildung, Arbeit; n = 37: Familie/Glück).

Die unterschiedliche Entwicklung der meritokratischen Elemente fußt auf der Überzeugung, dass Bildung Ungleichheit effektiv reduzieren kann, und schlägt sich auch in der Zuteilung finanzieller Mittel für verschiedene Bildungsorganisationen nieder.¹³

Diese Befunde spiegeln sich in den qualitativen Interviews wider und deuten auf teils ambivalente Haltungen zur Erklärung von persönlichem Erfolg hin. Bildung wird von mehreren befragten Ratsmitgliedern als Möglichkeit gesehen, Armut entgegenzuwirken und den eigenen Lebensstandard zu verbessern (ID1, ID3, ID5, ID6, ID7). Die Ursachen für Armut werden v. a. in situationellen Faktoren wie Familie oder Schicksalsschlägen verortet, vereinzelt aber auch individuellen Verhaltensmustern (z. B. Bequemlichkeit) – und damit einer dispositionellen Logik – zugeschrieben:

„Gegen Armut. Ja, also zum einen natürlich mehr Chancengleichheit bei der Bildung. Integration und mehr Förderung von benachteiligten Kindern. Aber die Bildung oder die Förderung geht natürlich bei den Erwachsenen weiter.“

¹³ <https://guterrat.info/die-ergebnisse/>

Was könnte man da tun? Ich meine, in einem gewissen Ausmaß ist halt schon auch der Mensch selber ausschlaggebend. Wenn er bequem ist oder nicht gerne arbeitet, es ist schon der Mensch selber, der auch sein Leben bis zu einem gewissen Grad steuern kann.“ (ID5)

Chancengleichheit in der Bildung würde es dieser Sichtweise zufolge ermöglichen, auch bei schlechteren Ausgangschancen die eigene Lebenssituation zu verbessern, wie im folgenden Interviewauszug deutlich wird:

„Die Ursachen für Armut kann ich jetzt wahrscheinlich auch nicht so genau benennen, aber ich glaube einfach, dass ein wichtiger Faktor die Bildung ist. Eine je bessere Bildung die Menschen haben, desto eher entkommen sie, glaube ich, der Armut. Aber dafür ist es natürlich auch notwendig, dass alle Bevölkerungsschichten den gleichen Zugang zu Bildung haben.“ (ID1)

Dabei wird – wie im obigen Interviewauszug – das aktuelle Bildungssystem durchaus kritisch gesehen, Bildung an sich jedoch als eine Möglichkeit zur Reduktion von Ungleichheit bzw. als Aufstiegsmöglichkeit betrachtet. Bildung wird allerdings nicht als Mittel zum Erwerb von Reichtum angeführt. Sofern „Vorankommen im Leben“ nicht mit (großem) Reichtum gleichgesetzt wird, sondern als moderate Wohlstandszunahme gedeutet wird, stehen die Ergebnisse somit im Einklang mit den quantitativen Befunden.

Gleichzeitig wird Reichtum in den Interviews ebenfalls ambivalent beschrieben: Einerseits wird die Ansicht geäußert, dass es heutzutage kaum mehr möglich sei, reich zu werden, außer über eine Erbschaft, und dass Vermögenszuwächse ab einem bestimmten Ausmaß ohne eigene Arbeit erfolgen (ID1, ID5, ID7, ID9). Diese Ansicht wird auch mehrfach explizit als Wissenszuwachs durch den Guten Rat bezeichnet. Vereinzelt wird in den Interviews auch eine Ernüchterung darüber zum Ausdruck gebracht, wie z. B. im folgenden Interviewauszug:

„Ja, also zum Thema Reichtum, das haben wir auch im Guten Rat gelernt, also wirklich exorbitant reich kann man nur durch Erbschaft werden. So viel kann niemand arbeiten, um wirklich tatsächlich zu Reichtum zu gelangen, und das ist ja schon bedenklich. Wenn man halt nicht superreich ist, ist das nicht so schön.“ (ID1)

Andererseits wird vereinzelt die Ursache für Reichtum in „Geschäftstüchtigkeit“ gesehen (ID6) oder es wird auf Ausnahmen hingewiesen, die mit wenig begonnen hätten und mit „Klugheit“ reich geworden seien (ID5), oder Reichtum wird ursächlich als „verdient erarbeitet“ bezeichnet (ID8).

Problematisiert werden dabei v. a. der Vermögenszuwachs ohne eigene

Arbeit sowie die Erbschaft großer Vermögen, wobei in erster Linie der verhältnismäßig geringe Beitrag von Hochvermögenden zum Gemeinwohl kritisiert wird (s. o.).

„Es geht ja nicht darum, den Reichsten alles neidisch zu sein. Sie haben sich das schon verdient erarbeitet. Der Großteil. Es geht nur darum, dass sie etwas mehr für das soziale Leben beitragen. Wie wir vorhin schon gesagt haben, zur Bildung, zur Infrastruktur, die sie ebenfalls nutzen. In Österreich sind die Flughäfen großteils noch staatlich gefördert, wo sie dann mit ihren Privatjets fliegen können zum Beispiel. Die Reichen werden trotzdem immer reich sein. Es geht nur darum, dass sie nicht so schnell noch reicher werden, wie jetzt, sondern etwas langsamer und sukzessiver.“ (ID8)

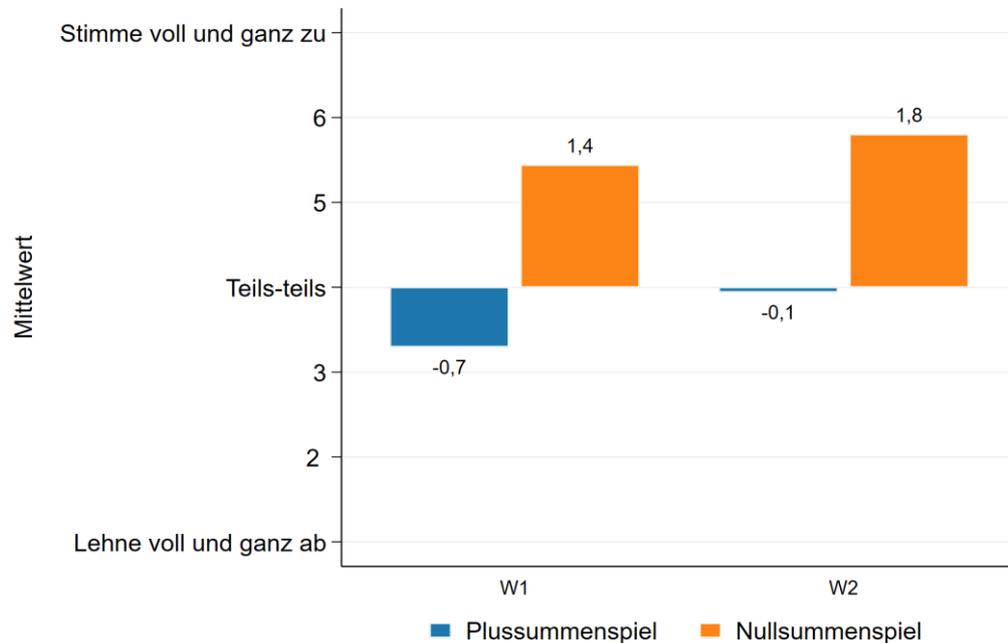
Auch die Einschätzung des Zusammenhangs bzw. der Konsequenzen von Reichtum und Armut wurde in den Fragebögen abgefragt. Dabei stellten je zwei Aussagen positive und negative Zusammenhänge zwischen Reichtum und Armut in den Vordergrund. Die Ratsmitglieder wurden um ihre Einschätzung gebeten, ob diese Aussagen zutreffen oder nicht (7-teilige Likert-Skala).

Die wissenschaftliche Forschung (u. a. Barnes 2022) spricht in diesem Zusammenhang von ökonomischen Vorstellungen, die von einer Nullsummenlogik geprägt sind, wobei Gewinne einer Seite (Reiche) automatisch Verluste der anderen Gruppe (Arme) bedeuten. Im Gegensatz dazu ermöglicht eine Plussummenlogik einen beiderseitigen Nutzen (Arme profitieren vom Wohlstand Reicher). Die grafische Darstellung fasst die beiden Fragen zusammen und bildet somit je einen Indikator für die Akzeptanz der beiden Konzepte.¹⁴

Abbildung 19 verdeutlicht wie zuvor den ambivalenten Eindruck hinsichtlich der zugrunde liegenden Erklärungsmuster zu Fragen der Vermögensverteilung: Während die Zustimmung zu Aussagen, die eine Nullsummenlogik betonen, in beiden Wellen höher ist als jene zur Plussummenlogik, verzeichnen beide Argumentationslinien Zuwächse zwischen den Wellen. Der Anstieg fällt dabei für die Plussummenlogik größer aus (t-Test, $p < 0,1$). Am Ende des Guten Rats sahen die Mitglieder die potenziellen positiven Aspekte von Reichtum (im Mittel) annähernd neutral, während die Zustimmung zur Nullsummenlogik noch etwas höher war als vor dem ersten Ratswochenende.

¹⁴ Dabei werden die Antworten addiert und durch zwei geteilt, um eine Einordnung im Rahmen der ursprünglichen Skala zu ermöglichen – Fragewortlaut und Zusammenfassung s. Abbildung 20.

Abbildung 19: Zusammenhang von Reichtum und Armut



Fragewortlaut: „Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach zutrifft. (1) Wer sich um seinen eigenen Wohlstand kümmert, trägt auch zum Wohlstand anderer bei. (2) Wenn es mehr reiche Leute in einem Land gibt, nützt das auch den ärmeren Menschen. (3) Wenn einige Menschen ärmer werden, werden andere Menschen reicher. (4) Der Reichtum einiger weniger wird auf Kosten vieler erworben.“ (Nullsummenlogik: n = 32; Plussummenlogik: n = 30). Plussummenspiel: Fragen (1) und (2), Nullsummenspiel: Fragen (3) und (4).

3.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Tabelle 7 fasst die Ergebnisse der quantitativen Erhebung abschließend zusammen und liefert einen Gesamtüberblick über die Auswirkungen der Teilnahme am Guten Rat. Das politische Interesse von Mitgliedern, die vor ihrer Teilnahme wenig bis gar nicht an Politik interessiert waren, hat sich etwas erhöht. Im Mittel verzeichnen die Ratsmitglieder einen deutlichen Anstieg ihrer politischen Aktivität und – zum Teil – der (geplanten) Wahlteilnahme.

Während direkt messbare Effekte auf Einstellungen zur (repräsentativen) Demokratie ausbleiben, lassen sich eine Zunahme der parteipolitischen Repräsentation und ein leichter Anstieg in der Zustimmung zu parlamentarischen Entscheidungen erkennen. Interessanterweise kommen diese Ergebnisse jedoch nicht in der Selbstwahrnehmung der Ratsmitglieder in Bezug auf die politische Wirksamkeit zum Ausdruck. Daneben zeigt sich großes

Vertrauen in direktdemokratische und partizipative Entscheidungen, insbesondere in Bürger:innenräte.

Tabelle 7: Zusammenfassung der Ergebnisse¹⁵

Ebene	Dimension	Subdimensionen	Erwartung	Ergebnis
Demokratie und Partizipation	Politisches Interesse	-	~	~
	Demokratiezufriedenheit	-	~	-
	Politische Wirksamkeit	intern/extern	+	-
	Politische Beteiligung	Aktivität	+	+
		Wahlen	/	+
	Politische Repräsentation	Partei	/	+
	Demokratische Entscheidungen	direktdemokratisch	+	+
		Parlament	/	+
Vermögensverteilung	Wissen	Top 1%-Anteil (Ist)	+	+
		Steuern (Ist)	+	+
		Vermögensleiter	+	+
	Einstellungen	Allgemein	+	+
		Top 1%-Anteil (Soll)	-	-
		Steuern (Soll)	+	+
		Heuristiken	/	~

Anmerkung: Zusammenfassung der Ergebnisse. + positiver Effekt, ~ kein/ambivalenter Effekt; - negativer Effekt, fettgedruckte Ergebnisse sind statistisch signifikant (t-Tests, $p < 0,05$). Genaue Ergebnisse finden sich in den jeweiligen Teilkapiteln (s. o.).

Die Ergebnisse spiegeln sich in den qualitativen Interviews größtenteils wider, jedoch schildern mehrere Befragte explizit eine Erhöhung ihrer politischen Wirksamkeit durch die Teilnahme. Außerdem wird in den Gesprächen

¹⁵ Aufgrund teils erheblicher Verschiebungen hinsichtlich der Panel-Zusammensetzung durch erhöhte Ausfallsquoten in der zweiten Befragungswelle sind einige Ergebnisse nicht vollinhaltlich auf alle Ratsmitglieder übertragbar (s. Kapitel 2). So nahmen unter anderem männliche Ratsmitglieder sowie solche mit höherem Interesse an Politik oder aus einkommensschwächeren Haushalten seltener an der zweiten Befragungswelle teil. Signifikante Unterschiede sind nur unter der Annahme, dass Ausfälle keinen systematischen Effekt auf die Ergebnisse haben, übertragbar.

deutlich, dass die positive Einschätzung direktdemokratischer und partizipativer Verfahren v. a. vor dem Hintergrund einer durchgängigen Skepsis gegenüber der aktuellen Verfasstheit der repräsentativen Demokratie in Österreich gesehen werden muss. Politiker:innen werden vielfach als „abgehobene“ Gruppe charakterisiert, die auf den eigenen Vorteil bedacht ist und die Interessen mächtiger Eliten über jene der Bevölkerung stellt.

Beim Thema Vermögensverteilung sind punktuell teils deutliche Wissenszuwünne hinsichtlich der Verteilung und Besteuerung von Vermögen feststellbar. Veränderungen bei den Einstellungen umfassen allgemeine Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Vermögenskonzentration sowie explizite steuerpolitische Maßnahmen, wie die Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern. Demgegenüber gibt es kaum nennenswerte Veränderungen in Bezug auf die Heuristiken zu Reichtum, Armut und Vermögensverteilung.

Auch in den qualitativen Interviews schildern die befragten Ratsmitglieder durchgängig Wissenszuwünne zu Verteilung und Besteuerung von Vermögen in Österreich. Das individuelle Ausmaß dieser Lerneffekte ist sehr unterschiedlich und reicht von einer Wissenserweiterung durch konkrete Daten und Zahlen bis hin zu einer nahezu gänzlich neuen Befassung mit dieser Thematik. Mehrfach sprechen Befragte von einer vertieften Kenntnis bzw. mitunter sogar von einer großen Überraschung über das tatsächliche Ausmaß der Ungleichheit in der Vermögensverteilung. Mit Blick auf Einstellungen und Heuristiken zeigt sich, dass befragte Ratsmitglieder v. a. Veränderungen im Hinblick auf die mögliche Erlangung von Reichtum sowie das Ausmaß des „automatischen“ Vermögenszuwüchses (ohne eigene Arbeit) bei großen Vermögen anführen.

Diskussion

Deliberative Bürger:innenbeteiligungsverfahren haben das Potenzial, einen Beitrag zur demokratischen Aktivierung der Teilnehmenden zu leisten und die Akzeptanz demokratischer Prozesse und Entscheidungen zu erhöhen (German et al. 2022; OECD 2020; Dryzek 2019; Geißel et al. 2017; Suiter et al. 2021; Towfigh et al. 2016).

Darüber hinaus können die intensive thematische Auseinandersetzung und die aktive Teilnahme an Deliberationsprozessen das Wissen der Mitglieder erhöhen und zur persönlichen Meinungsbildung und -anpassung beitragen (Fishkin 2018; Suiter et al. 2016). Bisherige Befunde stützen sich auf demokratisch legitimierte Bürger:innenräte und sind daher nicht direkt auf private Initiativen wie den Guten Rat für Rückverteilung übertragbar.

Die Ergebnisse dieses Forschungsberichts unterstützen den bisherigen wissenschaftlichen Befund hinsichtlich der demokratischen Aktivierung und belegen themenspezifische Wissenszuwächse und Präferenzverschiebungen. Während eine Stärkung der individuellen Teilhabekompetenzen vor allem in den qualitativen Interviews ersichtlich wird, zeigen die Befragungsdaten themenspezifische Wissenszuwächse und einen deutlichen Anstieg der politischen Beteiligung. Mehrere Mitglieder scheinen die erworbenen Fähigkeiten unmittelbar zu nutzen, um sich verstärkt im privaten Kreis, in Vereinen oder Bürger:inneninitiativen einzubringen. Die Teilnahme am Guten Rat hat somit das politische bzw. zivilgesellschaftliche Engagement gestärkt.

Daneben belegen qualitative Einblicke und ein messbarer Vertrauenszuwachs gegenüber Expert:innen(entscheidungen), dass es gelungen ist, wissenschaftliche Debatten und Ergebnisse verständlich aufzubereiten und einen Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Ratsmitgliedern zu ermöglichen. Dieses Teilergebnis ist auch im Zug anhaltender Debatten über Wissenschaftsskepsis und -kritik (u. a. Starkbaum et al. 2023) ein ermunterndes Signal. Wenngleich das Setting des Bürger:innenrats nicht auf öffentliche Debatten übertragbar ist, zeigt dieses Ergebnis, dass es sich lohnen kann, die Vermittlung von wissenschaftlicher Evidenz ernst zu nehmen und dafür Ressourcen bereitzustellen.

Demgegenüber blieben allgemeine Einstellungen zur (repräsentativen) Demokratie unverändert. Hohe Zustimmungswerte für direktdemokratische und partizipative Elemente wie Volksabstimmungen und Bürger:innenräte stehen einer verfestigten Skepsis in Bezug auf die Institutionen und Akteur:innen der repräsentativen Demokratie gegenüber.

Der potenzielle demokratische Mehrwert privater Beteiligungsverfahren liegt demnach vor allem in der Aneignung von Wissen, der Entwicklung und Vertiefung demokratischer Grundqualifikationen wie Diskussions- und Debattenkultur, gesteigerter politischer Beteiligung, sowie dem Abbau von Vorurteilen zwischen gesellschaftlichen Gruppen.

Veränderungen in Bezug auf Einstellungen und Präferenzen zeigen, dass Deliberationsprozesse zum Austausch und zur Anpassung von Meinungen beitragen können. Im Kontext steigender Polarisierungsdiskussionen liefert der Gute Rat für Rückverteilung somit ein vielversprechendes Zeugnis dafür, dass – zumindest im geschützten und moderierten Rahmen – Meinungs- und wertschätzende Diskussionen über soziale und politische Grenzen hinweg möglich sind. Aus demokratiepolitischer Sicht scheint es daher sinnvoll, darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen diese Ergebnisse für gesamtgesellschaftliche Debatten nutzbar gemacht werden könnten.

Literaturverzeichnis

- Adler, N. E., Epel, E. S., Castellazzo, G. & Ickovics, J. R. (2000). Relationship of subjective and objective social status with psychological and physiological functioning: Preliminary data in healthy, White women. *Health Psychology, 19*(6), 586.
- Anderson, C. J. (2002). *Good Questions, Dubious Inferences, and Bad Solutions: Some Further Thoughts on Satisfaction with Democracy*. Centre on Democratic Performance. Working paper N° 116, Binghampton.
- Baharav, C. & Flanigan, B. (2024). *Fair, Manipulation-Robust, and Transparent Sortition*. Working Paper. <https://arxiv.org/abs/2406.15009>
- Balestra, C. & Tonkin, R. (2018). *Inequalities in household wealth across OECD countries: Evidence from the OECD Wealth Distribution Database*. OECD Statistics Working Paper series, No. 2018/01.
- Barnes, L. (2022). Taxing the rich: public preferences and public understanding. *Journal of European Public Policy, 29*(5), 787-804.
- Bublitz, E. (2020). Misperceptions of income distributions: cross-country evidence from a randomized survey experiment. *Socio-Economic Review, 20*, 435-462.
- Courant, D. (2022). Institutionalizing deliberative mini-publics? Issues of legitimacy and power for randomly selected assemblies in political systems. *Critical Policy Studies, 2*, 162-180.
- Curato, N., Farrell, D. M., Geißel, B., Grönlund, K., Mockler, P., Pilet, J.-P., Renwick, A., Rose, J., Setälä, M. & Suiter, J. (2021). *Deliberative mini-publics: Core design features*. Bristol University Press.
- Devaney, L., Torney, D., Brereton, P. & Coleman, M. (2020). Ireland's citizens' assembly on climate change: Lessons for deliberative public engagement and communication. *Environmental Communication, 14*(2), 141-146.
- Disslbacher, F., Haselmayer, M., Lehner L., Rapp, S. & Windisch, F. (2024). The Good Council: Deliberating inequality in a field experiment. AEA RCT Registry, Juni 25. <https://doi.org/10.1257/rct.13874-1.0>
- Dryzek, J. S., Bächtiger, A., Chambers, S., Cohen, J., Druckman, J. N., Felicetti, A. ... & Warren, M. E. (2019). The crisis of democracy and the science of deliberation. *Science, 363*(6432), 1144-1146.
- Easton, D. (1965). *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Routledge.

- Ehs, T. & Zandonella, M. (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 47(1), 63-101.
- Ferschli, B., Kapeller, J., Schütz, B. & Wildauer, R. (2017). *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich*. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft (167).
- Fessler, P., Lindner, P. & Schürz, M. (2023). *Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2021: first results for Austria*. OeNB Reports. https://www.hfcs.at/dam/jcr:435ec169-8c42-4614-ad31-e36c4d0640a0/HFCS_2021_first-results.pdf [14.03.2024]
- Fishkin, J. S. (2018). *Democracy when the people are thinking: Revitalizing our politics through public deliberation*. Oxford University Press.
- Froschauer, U. & Lueger, M. (2020). *Das qualitative Interview*. 2. Auflage. utb.
- Geißel, B., Dean, R., Jung, S. & Wipfler, B. (2019). *Bürgerrat Demokratie. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation*. Goethe Universität, Frankfurt am Main.
- Germann, M., Marien, S. & Muradova, L. (2022). Scaling Up? Unpacking the Effect of Deliberative Mini-Publics on Legitimacy Perceptions. *Political Studies*, Online first. <https://doi.org/10.1177/00323217221137444>
- Ghanem, D., Hirshleifer, S. & Ortiz-Becerra, K. (2023). Testing attrition bias in field experiments. *Journal of Human Resources*, Online first. DOI: <https://doi.org/10.3368/jhr.0920-11190R2>
- Giraudet, L. G., Apouey, B., Arab, H., Baeckelandt, S., Begout, P., Berghmans, N. ... & Tournus, S. (2022). “Co-construction” in deliberative democracy: lessons from the French Citizens’ Convention for Climate. *Humanities and Social Sciences Communications*, 9(1), 1-16.
- Haselmayer, M. (2024a). *Auswahl der Mitglieder des Guten Rats. Dokumentation der Ergebnisse*. Wien: Foresight, März 2024. https://www.foresight.at/fileadmin/user_upload/pdf/FORESIGHT_Bericht_23061_Guter_Rat_Auswahl.pdf
- Haselmayer, M. (2024b). *Guter Rat für Rückverteilung: Bevölkerungsbericht. Dokumentation der Ergebnisse*. Wien: Foresight, November 2024.
- Jensen, C. & Van Kersbergen, K. (2017). *The Politics of Inequality*. London: Palgrave.
- Jestl, S. & List, E. (2020). *Distributional National Accounts (DINA) for Austria, 2004–2016*. <https://wid.world/news-article/distributional-national-accounts-dina-for-austria-2004-2016/> [14.03.2024]

- Kennickell, A. B., Lindner, P. & Schürz, M. (2022). A new instrument to measure wealth inequality: distributional wealth accounts. *Monetary Policy & the Economy. Quarterly Review of Economic Policy*, 21(4), 61-84.
- Kotschy, R. & Sunde, U. (2017). Democracy, inequality, and institutional quality. *European Economic Review*, 91, 209-228.
- Kuziemko, I., Norton, M. I., Saez, E. & Stantcheva, S. (2015). How elastic are preferences for redistribution? Evidence from randomized survey experiments. *American Economic Review*, 105(4), 1478-1508.
- Lindberg, S. (2019). *Are increasing inequalities threatening democracy in Europe*. Carnegie Europe.
- McCall, L., Burk, D., Laperrière, M. & Richeson, J. A. (2017). Exposure to rising inequality shapes Americans' opportunity beliefs and policy support. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 114(36), 9593-9598.
- Mijs, Jonathan (2021). The paradox of inequality: income inequality and belief in meritocracy go hand in hand. In: *Socio-Economic Review* 19(1), 7-35.
- OECD (2015). *In It Together: Why Less Inequality Benefits All*. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/9789264235120-en> [14.03.2024]
- OECD (2020). *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave*. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/339306da-en>
- OECD (2021). *Does Inequality Matter?: How People Perceive Economic Disparities and Social Mobility*. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/3023ed40-en>
- OECD (2022). *Building Trust to Reinforce Democracy: Main Findings from the 2021 OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions, Building trust in Public Institutions*. OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/b407f99c-en>
- OECD (2023), *Revenue Statistics 2023: Tax Revenue Buoyancy in OECD Countries*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/9d0453d5-en>
- OECD (2024). *Taxing Wages – Austria*. <https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-issues/tax-policy/taxing-wages-austria.pdf> [04.09.2024]
- OeNB (2020). *Net wealth in Europe. New results from the Eurosystem*. https://www.hfcs.at/docroot/3_2020_HFCS_DB_int_3rdwave.html#about [14.03.2024]

- Piketty, T. (2021). *Capital and ideology*. Cambridge, MA/London: Harvard University Press.
- Pfeffer, F. T. & Waitkus, N. (2021). The wealth inequality of nations. *American Sociological Review*, 86(4), 567-602.
- Powell, G. B. (1986). American voter turnout in comparative perspective. *American Political Science Review*, 80(1), 17-43.
- Prior, M. (2010). You've either got it or you don't? The stability of political interest over the life cycle. *The Journal of Politics*, 72(3), 747-766.
- Selb, P. & Munzert, S. (2013). Voter overrepresentation, vote misreporting, and turnout bias in postelection surveys. *Electoral Studies*, 32(1), 186-196.
- Singh, S. P. & Mayne, Q. (2023). Satisfaction with democracy: a review of a major public opinion indicator. *Public Opinion Quarterly*, 87(1), 187-218.
- Skitka, L. J., Mullen, E., Griffin, T., Hutchinson, S. & Chamberlin, B. (2002). Dispositions, scripts, or motivated correction? Understanding ideological differences in explanations for social problems. *Journal of Personality and Social Psychology*, 83(2), 470.
- Skopek, N., Kolb, K., Buchholz, S. & Blossfeld, H. P. (2012). Einkommensreich – vermögensarm? Die Zusammensetzung von Vermögen und die Bedeutung einzelner Vermögenskomponenten im europäischen Vergleich. *Berliner Journal für Soziologie*, 22(2).
- Stantcheva, S. (2021). Understanding tax policy: How do people reason? *The Quarterly Journal of Economics*, 136(4), 2309-2369.
- Suiter, J., Park, K., Galligan, Y. & Farrell, D. M. (2021). *Evaluation Report of the Irish Citizens' Assembly on Gender Equality*. <https://arrow.tudublin.ie/cgi/viewcontent.cgi?article=1041&context=aaschsslrep> [14.03.2024]
- Suiter, J., Farrell, D. M. & O'Malley, E. (2016). When do deliberative citizens change their opinions? Evidence from the Irish Citizens' Assembly. *International Political Science Review*, 37(2), 198-212.
- Starkbaum, J., Auel, K., Bobi, V., Fuglsang, S., Grand, P., Griessler, E. ... & Unger, M. (2023). *Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie*. Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Zusammenarbeit mit der Universität Aarhus im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft

und Forschung (BMBWF), Wien. https://pubshop.bmbwf.gv.at/index.php?rex_media_type=pubshop_download&rex_media_file=endbericht_ursachenstudie_ihs.pdf [20.10.2024]

Towfigh, E. V., Goerg, S. J., Glöckner, A. et al. (2016). Do direct-democratic procedures lead to higher acceptance than political representation? *Public Choice* 167, 47-65.

van Deth, J. (2021, September 29). *What Is Political Participation?* Oxford Research Encyclopedia of Politics. <https://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-68> [10.04.2024]

Verba, S. & Nie, N. H. (1972). *Participation in America: Political democracy and social equality*. Harper & Row.

Zandonella, M. & Schönherr, D. (2023). *Umverteilung – So denken die Vielen. Steuer-, arbeitsmarkt- & sozialpolitische Vorhaben aus Sicht der Bevölkerung*. Forschungsbericht. Wien: SORA

Zucman, G. (2019). Global wealth inequality. *Annual Review of Economics*, 11, 109-138.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht Guter Rat	5
Tabelle 2: Übersicht Forschungsdesign	8
Tabelle 3: Finanzielle Motivation nach sozialen Gruppen	12
Tabelle 4: Wahlabsicht und -beteiligung	34
Tabelle 5: Parteipolitische Repräsentation	35
Tabelle 6: Zustimmung zu demokratischen Entscheidungen	36
Tabelle 7: Zusammenfassung der Ergebnisse	57

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Teilnahmemotive Guter Rat (Welle 1)	11
Abbildung 2: Organisation und Moderation	16
Abbildung 3: Material und Expert:innen	19
Abbildung 4: Erfahrungen mit Diskussionen im Guten Rat	20
Abbildung 5: Bewertung der Ergebnisse	24
Abbildung 6: Politisches Interesse	26
Abbildung 7: Demokratiezufriedenheit	28
Abbildung 8: Politische Wirksamkeit	30
Abbildung 9: Politische Beteiligung (Aktivitäten)	32
Abbildung 10: Einschätzung Vermögensanteil Top 1%	40
Abbildung 11: Einkommen und Vermögen	41
Abbildung 12: Steuern auf Vermögen und Arbeit in Österreich	43
Abbildung 13: Allgemeine Einschätzung der Vermögensverteilung	45
Abbildung 14: Einschätzung Anteil Top 1% (Soll)	47
Abbildung 15: Steuerlast auf Vermögen und Arbeit in Österreich: Soll	48
Abbildung 16: Einführung Vermögenssteuern	49
Abbildung 17: Einführung Erbschaftssteuern	50
Abbildung 18: Dispositionelle Faktoren für das Vorankommen im Leben	53
Abbildung 19: Zusammenhang von Reichtum und Armut	56

Appendix

Tabelle A1: Teilnahmemotive (ohne „weiß nicht“)

Welle 1	MW	Std.-Abw.	Min	Max	N
Thema	1,66	0,48	1	2	47
Ideen einbringen	1,20	0,85	-1	2	44
Neues erleben	0,66	1,37	-2	2	47
Wurde ausgewählt	1,04	1,11	-2	2	46
Entschädigung	-0,18	1,32	-2	2	45

Tabelle A2: Demokratie & Partizipation (ohne „weiß nicht“)

	MW	Std.-Abw.	Min	Max	N
Welle 1					
Politikinteresse	0,38	1,26	-2	2	47
Beteiligung: Demonstration	0,13	0,34	0	1	47
Beteiligung: Unterschriften	0,34	0,48	0	1	44
Beteiligung: Partei, Verein etc.	0,09	0,28	0	1	47
Beteiligung: Freundeskreis	0,69	0,47	0	1	45
Beteiligung: Internet	0,35	0,48	0	1	46
Verständnis polit. Fragen	0,64	0,84	-1	2	44
Teilnahme polit. Diskussion	0,51	0,86	-1	2	43
Politik kümmert sich um Leute wie mich	-0,76	0,77	-2	1	46
Politik bemüht sich um Kontakt ...	-0,68	0,81	-2	1	47
Demokratiezufriedenheit	4,06	1,49	0	7	47
Dafür: Volksabstimmung	1,20	0,91	-1	2	46
Dafür: Bürger:innenräte	1,02	0,85	-1	2	44
Dafür: Expert:innenkommissionen	0,80	0,92	-2	2	45
Dafür: Abstimmung Parlament	0,57	1,02	-2	2	44
Dafür: Beschlüsse Regierung	0,35	0,84	-2	2	43
Wahlabsicht: EU-Parlament	3,24	1,28	0	4	45
Wahlabsicht: Nationalrat	3,09	1,50	0	4	47
Partei, die Interessen vertritt (ja/nein)	0,67	0,48	0	1	39
Welle 2					
Politikinteresse	0,34	1,21	-1	2	38
Beteiligung: Demonstration	0,10	0,31	0	1	39
Beteiligung: Unterschriften	0,36	0,49	0	1	39
Beteiligung: Partei, Verein etc.	0,34	0,48	0	1	38
Beteiligung: Freundeskreis	0,67	0,48	0	1	39
Beteiligung: Internet	0,42	0,50	0	1	38
Verständnis polit. Fragen	0,41	0,91	-2	2	39
Teilnahme polit. Diskussion	0,32	1,16	-2	2	38
Politik kümmert sich um Leute wie mich	-0,85	0,84	-2	1	39
Politik bemüht sich um Kontakt ...	-1,10	0,72	-2	1	39
Demokratiezufriedenheit	3,54	1,57	0	7	39
Dafür: Volksabstimmung	1,38	0,91	-1	2	39
Dafür: Bürger:innenräte	1,59	0,68	0	2	39
Dafür: Expert:innenkommissionen	1,03	0,82	-2	2	38
Dafür: Abstimmung Parlament	0,53	0,74	-1	2	36
Dafür: Beschlüsse Regierung	0,11	0,89	-2	2	38
Wahlbeteiligung: EU-Parlament	3,24	1,28	0	4	38
Wahlabsicht: Nationalrat	3,21	1,47	0	4	39
Partei, die Interessen vertritt (ja/nein)	0,79	0,42	0	1	33

Tabelle A3: Vermögensverteilung (Wissen) (ohne „weiß nicht“)

Welle 1	MW	Std.-Abw.	Min	Max	N
Anteil reichstes Prozent (Ist)	5,81	2,41	1	10	43
Besteuerung (Ist): Vermögen	-0,68	1,30	-2	2	47
Besteuerung (Ist): Arbeit	1,40	0,61	0	2	47
Vermögensleiter	3,45	1,66	1	7	42
Einkommen (Kategorie)	6,80	2,94	1	16	46
Welle 2					
Anteil reichstes Prozent (Ist)	6,46	1,97	3	10	37
Besteuerung (Ist): Vermögen	-1,22	1,15	-2	2	36
Besteuerung (Ist): Arbeit	1,53	0,56	0	2	38
Vermögensleiter	3,73	1,85	1	8	37
Einkommen (Kategorie)	7,13	2,75	2	16	38

Tabelle A4: Vermögensverteilung (Einstellungen) (ohne „weiß nicht“)

Welle 0 (Registrierung)	MW	Std.-Abw.	Min	Max	N
Verteilung Vermögen gerecht	-0,84	1,18	-2	2	50
Welle 1					
Verteilung Vermögen gerecht	-1,38	0,96	-2	2	45
Anteil reichstes Prozent (Ist)	-1,53	0,88	-2	2	43
Besteuerung (Soll): Vermögen	1,33	0,92	-2	2	46
Besteuerung (Soll): Arbeit	-0,98	0,99	-2	2	45
Einführung Vermögenssteuer	4,25	1,10	1	6	44
Einführung Erbschaftssteuer	4,58	0,93	1	6	43
Welle 2					
Verteilung Vermögen gerecht	-1,71	0,61	-2	1	38
Anteil reichstes Prozent (Ist)	-1,86	0,36	-2	-1	35
Besteuerung (Soll): Vermögen	1,55	0,72	-1	2	38
Besteuerung (Soll): Arbeit	-1,18	0,90	-2	2	38
Einführung Vermögenssteuer	4,92	0,35	4	6	39
Einführung Erbschaftssteuer	4,85	0,67	3	6	39

Tabelle A5: Vermögensverteilung (Heuristiken) (ohne „weiß nicht“)

Welle 1	MW	Std.-Abw.	Min	Max	N
Wichtig für Vorankommen: Wohlhabende Familie	1,11	1,49	-3	3	46
Wichtig für Vorankommen: Gute Bildung	1,70	0,83	-1	3	47
Wichtig für Vorankommen: Harte Arbeit	1,15	1,10	-2	3	47
Wichtig für Vorankommen: Glück	1,00	1,55	-3	3	47
Arme ärmer -> Reiche reicher	1,14	1,46	-3	3	44
Wohlstand kümmert -> Wohl anderer	-0,17	1,60	-3	3	41
Reiche -> nützt auch Armen	-1,07	1,44	-3	2	46
Reichtum weniger auf Kosten vieler	1,77	1,24	-2	3	44
Welle 2					
Wichtig für Vorankommen: Wohlhabende Familie	1,32	1,61	-2	3	38
Wichtig für Vorankommen: Gute Bildung	2,03	0,67	1	3	39
Wichtig für Vorankommen: Harte Arbeit	0,59	1,53	-3	3	39
Wichtig für Vorankommen: Glück	1,13	1,61	-3	3	38
Arme ärmer -> Reiche reicher	1,49	1,43	-2	3	37
Wohlstand kümmert -> Wohl anderer	0,30	1,49	-3	3	37
Reiche -> nützt auch Armen	-0,63	1,63	-3	3	38
Reichtum weniger auf Kosten vieler	2,00	1,31	-2	3	36

Tabelle A6: Mittelwertvergleich Drop-out vs. Restgruppe (ohne „weiß nicht“)

	MW (W1 & W2)	MW (Drop-out)	MW- Differenz	p-Wert
Soziodemografie				
Geschlecht: männlich	0,4	0,8	-0,4	0,03
Alter	49,1	41,7	-7	0,27
Bildung	2,9	2,8	0,1	0,86
Beruf	3,7	3,6	0,1	0,7
Region: Osten	0,34	0,78	-0,4	0,02
Migrationshintergrund	0,21	0,33	-0,1	0,45
Einkommen (Anteil Q1/Q2)	0,4	0,7	-0,3	0,15
Urbanisierung	2,1	1,8	0,3	0,35
Einstellungen				
Fairness Vermögensverteilung	0,9	0,9	0	0,8
Interesse an Politik	0,5	0,9	0,4	0,05
Politische Wirksamkeit	-0,1	0,1	-0,2	0,31
Demokratiezufriedenheit	4	4,3	-0,3	0,55
Politische Beteiligung	1,5	1,8	-0,3	0,51
Wahlbereitschaft EU-Wahl	0,6	0,4	0,2	0,31
Wahlbereitschaft Nationalratswahl	0,6	0,7	-0,1	0,85
Zustimmung Vermögenssteuern	1	1	0	0,62
Zustimmung Erbschaftssteuern	0,9	0,9	0	0,96

Anmerkung: Statistisch signifikante Unterschiede ($p < 0,05$) sind fett hervorgehoben.

Leitfaden für die qualitativen Interviews

Dimension	Hauptfrage(n)	Nebenfragen, mögl. Nachfragen und Notizen
Teilnahme- erfahrungen	Sie haben bisher an mehreren Treffen des Guten Rats teilgenommen. Zuerst würde ich Sie bitten, mir zu erzählen, wie Sie sich für die Teilnahme am Guten Rat entschieden haben.	<ul style="list-style-type: none"> - Was waren Gründe/Erwägungen für die Teilnahme? - Was hat für oder gegen die Teilnahme gesprochen? - Wie würden Sie sich heute entscheiden?
	Als Nächstes würde ich Sie bitten, mir zu erzählen, wie Ihre Teilnahme bisher verlaufen ist.	<ul style="list-style-type: none"> - Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? - Wie fühlen Sie sich in der Gruppe? (Anschluss, Gruppenbildung) - Wie finden Sie die Vorträge der Expert:innen? Was hat Sie am meisten interessiert oder ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben? - Wie laufen die Diskussionen ab? Kommen alle (Personen/Positionen) zu Wort? Gibt es dominante Positionen/Personen? Wie stark bringen Sie sich selbst ein? Fühlen Sie sich gehört? Können Sie mir ein Beispiel schildern? - Was hat Sie bisher am meisten überrascht?
Demokratie und Beteili- gung	Als Nächstes würde mich interessieren, was Sie über die Demokratie in Österreich denken.	<ul style="list-style-type: none"> - Was finden Sie gut an der Demokratie in Österreich? - Welche Probleme sehen Sie an der Demokratie in Österreich? - Was könnte/sollte an der Demokratie in Österreich verändert werden und wie? - Finden Sie, dass Ihre Vorstellungen abgebildet werden? Warum, warum nicht? Geben Sie mir bitte ein Beispiel. - Was denken Sie über die Möglichkeiten politischer Beteiligung in Österreich? - Wenn Sie an den Guten Rat denken: Wie sehen Sie direkte Beteiligungsverfahren? Was ist daran gut, was problematisch? - Was denken Sie allgemein über direkte Beteiligungsverfahren? Was ist daran gut, was problematisch? - Was denken Sie über demokratische Initiativen von Privatpersonen?

<p>Vermögensverteilung und Steuer</p>	<p>Als Nächstes würde ich Sie bitten, mir zu erzählen, was Sie über die Verteilung von Vermögen in Österreich denken.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Für wie gerecht halten Sie die Vermögensverteilung in Österreich und warum? - Was wäre aus Ihrer Sicht gerecht? Was ist da wichtig für Sie? Warum? Können Sie mir Beispiele nennen? - Wer ist Ihrer Ansicht nach für Reichtum und umgekehrt für Armut verantwortlich (selbst verdient/verschuldet)? - Wie kann man Ihrer Ansicht nach in Österreich reich werden? - Was könnte/sollte getan werden gegen (übermäßigen) Reichtum? Gegen Armut? - Wer sollte was tun? - Was spricht für Sie für und was gegen vermögensbezogene Steuern (z. B. Steuern auf große Vermögen/Erbschaften) in Österreich? - Bisher haben wir über die Gerechtigkeit in der Verteilung von Vermögen gesprochen – wenn Sie an die gesamte Lebenssituation der Menschen in Österreich denken, für wie gerecht halten Sie die österreichische Gesellschaft? Erklären Sie mir bitte Ihre Einschätzung.
<p>Auswirkungen auf politische Wirksamkeit/ Interesse</p>	<p>Als Nächstes würde mich interessieren, wie sich Ihre bisherige Teilnahme am Guten Rat auf Sie als Person ausgewirkt hat, z. B. auf Ihr Interesse an Politik oder Ihre Beteiligung an Politik oder was Ihnen sonst so dazu einfällt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wenn Sie an Ihr Selbstbewusstsein in politischen Fragen denken: Fühlen Sie sich z. B. eher in der Lage, an Diskussionen teilzunehmen/Ihre Meinung zu vertreten? Beteiligen Sie sich öfter an Diskussionen in der Familie, im Bekanntenkreis oder mit Kolleg:innen? Fällt es Ihnen leichter, sich einzubringen/Ihre Meinung/Ihren Standpunkt zu vertreten? Können Sie mir bitte ein Beispiel schildern? - Haben Sie seit Ihrer Teilnahme andere Formen der politischen oder sozialen Beteiligung ausprobiert oder haben Sie vor, sich nach dem Guten Rat in anderen Formen einzubringen – z.B. Bürger:inneninitiativen, Vereine, Parteien – falls ja: warum? - Und wenn Sie allgemein an Ihre Beschäftigung mit Politik denken: Wie sieht es da aus? Interessieren Sie sich heute mehr für Politik als vor der Teilnahme? Haben Sie einen anderen Blick auf Politik? Inwiefern? Können Sie mir bitte ein Beispiel schildern?
<p>Auswirkungen auf Ansichten zu Demokratie und Vermögensverteilung</p>	<p>Als Letztes würde ich Sie bitten, mir zu erzählen, was Sie durch Ihre Teilnahme am Guten Rat über die Demokratie und die Vermögensverteilung in Österreich erfahren/gelernt haben und ob sich Ihre Ansichten durch die Teilnahme verändert haben.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Was haben Sie im Guten Rat über die Demokratie in Österreich erfahren/gehört? - Gibt es etwas, das Sie da besonders überrascht hat? - Denken Sie heute genauso oder anders über die Demokratie in Österreich? Warum? - Was haben Sie im Guten Rat über die Vermögensverteilung in Österreich erfahren? - Gibt es etwas, das Sie da besonders überrascht hat? - Denken Sie heute genauso über die Verteilung von Vermögen in Österreich? Warum?
<p>Abschluss</p>	<p>Vielen Dank – ich habe nun keine weiteren Fragen mehr. Gibt es Ihrerseits noch etwas, das Ihnen wichtig ist und das Sie gerne ansprechen möchten? Danke für das Gespräch!</p>	

Tabelle A7: Überblick über die Stichprobe (qual. Interviews)

Nummer	Geschlecht	Altersgruppe	Ausbildungsabschluss
1	w	16-44	Mind. Matura
2	w	16-44	Keine Matura
3	w	45+	Keine Matura
4	m	16-44	Keine Matura
5	w	45+	Mind. Matura
6	m	45+	Keine Matura
7	w	45+	Keine Matura
8	m	16-44	Keine Matura
9	w	16-44	Keine Matura
10	m	16-44	Keine Matura

Anmerkung: Um die Anonymität der Interviewpartner:innen zu gewährleisten, wurden Kategorien zusammengefasst. Quelle: Foresight 2024.